



Konjunktur aktuell

2/2024

13. Juni 2024, 12. Jahrgang

Arbeitskreis Konjunktur des IWH **S. 34**

Deutsche Wirtschaft noch in der Defensive – aber erste Anzeichen für ein Ende des Abschwungs

Die Aussichten für die internationale Konjunktur bleiben leicht eingetrübt. In Europa setzt sich die zaghafte Erholung fort. In Deutschland vermehren sich die Anzeichen für eine konjunkturelle Besserung. Alles in allem wird die Produktion im Sommerhalbjahr wohl nur verhalten ausgeweitet, doch ab Herbst dürfte die Belebung Fahrt aufnehmen. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte im Jahr 2024 um 0,3% expandieren, für 2025 prognostiziert das IWH einen Zuwachs um 1,5%.

Konjunktur aktuell: Deutsche Wirtschaft noch in der Defensive – aber erste Anzeichen für ein Ende des Abschwungs

Arbeitskreis Konjunktur des IWH*

Zusammenfassung

Seit Beginn des vergangenen Jahres expandiert die Weltwirtschaft in moderatem Tempo. Allerdings gerät in den USA das Inflationsziel von 2% zusehends außer Reichweite, und die US-Zentralbank wird ihren Leitzins, anders als an den Finanzmärkten noch zu Jahresbeginn erwartet, im Sommer wohl nicht senken. Die Revision von Inflations- und Leitzinserwartungen insbesondere, aber nicht nur für die USA hat zu einem Wiederanstieg der Kapitalmarktzinsen geführt. Dagegen hat die chinesische Wirtschaftspolitik ihre Bemühungen um eine Eindämmung der Immobilienkrise zuletzt noch einmal verstärkt. Jüngste Umfragen lassen auf eine Verbesserung des globalen Geschäftsklimas im Frühsommer schließen. Dennoch bleiben die Aussichten für die internationale Konjunktur durch die recht hohen Zinsniveaus und eine in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften zumeist eher restriktive Finanzpolitik leicht eingetrübt. Insgesamt ist für die Weltwirtschaft mit einer leichten Abschwächung des moderaten Expansionstempos zu rechnen.

Für Deutschland vermehren sich in der ersten Jahreshälfte 2024 die Anzeichen für eine konjunkturelle Besserung. Dank etwas stärkerer Exporte und eines vorübergehenden Anstiegs der Bauproduktion hat die Produktion zu Jahresbeginn wieder etwas expandiert. Der private Konsum schrumpfte dagegen. Zu vermuten ist, dass die einmaligen Inflationsausgleichszahlungen zunächst zum großen Teil gespart worden sind. In den kommenden Quartalen werden auch real weiter steigende Arbeitnehmereinkommen zu einer Ausweitung des privaten Konsums führen. Bremsend wirkt dagegen, dass die Erwerbstätigenzahl wegen der schwachen Konjunktur in den nächsten Monaten leicht sinken dürfte. Alles in allem wird die Produktion im Sommerhalbjahr wohl nur verhalten ausgeweitet. Dass die deutsche Wirtschaft dennoch auf Erholungskurs ist, darauf deutet die zuletzt deutlich gestiegene Erwartungskomponente des ifo Geschäftsklimas hin. Dabei spielt auch eine Rolle, dass die Exporte weiter moderat steigen dürften. Die Belebung dürfte ab dem Herbst Fahrt aufnehmen.

Tabelle

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2022 bis 2025

	2022	2023	2024	2025
Veränderung des preisbereinigten BIP gegenüber dem Vorjahr in %				
Deutschland	1,8	-0,2	0,3	1,5
darunter: Ostdeutschland ¹	2,9	0,7	0,6	1,4
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Arbeitsvolumen	1,3	0,4	-0,5	0,2
Tarifföhne je Stunde	2,2	3,6	4,7	3,1
Effektivlöhne je Stunde	4,3	6,3	5,7	2,5
Lohnstückkosten ²	3,5	6,6	4,9	1,6
Verbraucherpreisindex	6,9	5,9	2,3	1,9
in 1 000 Personen				
Erwerbstätige (Inland)	45 596	45 932	45 998	46 029
Arbeitslose ³	2 418	2 609	2 816	2 851
in %				
Arbeitslosenquote ⁴	5,3	5,7	6,1	6,1
darunter: Ostdeutschland ¹	6,7	7,2	7,6	7,6
% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt				
Finanzierungssaldo des Staates	-2,5	-2,4	-1,4	-1,3
Leistungsbilanzsaldo	4,2	5,9	6,9	7,0

¹ Ostdeutschland einschließlich Berlin. – ² Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – ³ Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit (BA). – ⁴ Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit).

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2024: Prognose des IWH (Stand: 12.06.2024).

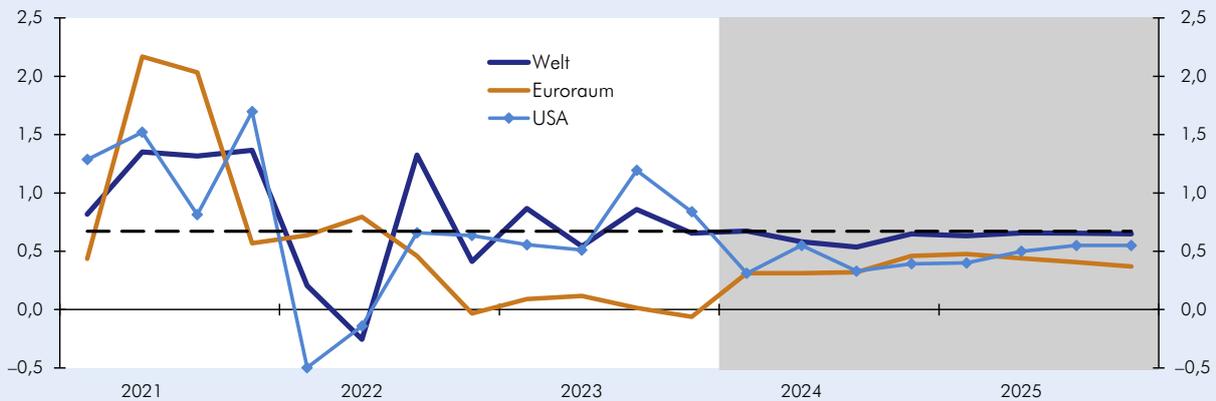
* Drygalla, Andrej; Exß, Franziska; Heinisch, Katja; Holtemöller, Oliver; Kämpfe, Martina; Kozyrev, Boris; Lindner, Axel; Mukherjee, Sukanya; Sardone, Alessandro; Schult, Christoph; Schultz, Birgit; Zeddies, Götz.

Weltkonjunktur ohne große Dynamik

Seit Beginn des vergangenen Jahres expandiert die Weltwirtschaft in moderatem Tempo (vgl. Abbildung 1). Dabei hat **im ersten Quartal 2024** die Konjunktur in den USA an Schwung verloren. Der Rückgang der dortigen Expansionsrate von 0,8% auf 0,3% ist vor allem auf eine verhaltenere Ausweitung des privaten Konsums und der öffentlichen Ausgaben sowie kräftige Zuwächse der Importe zurückzuführen, während die Unternehmen ihre Anlageinvestitionen weiter deutlich ausweiteten. Die Produktion im Euroraum expandierte mit ebenfalls 0,3% das erste Mal seit Sommer 2022 wieder etwas deutlicher, und auch in China zog die Expansion im ersten Quartal an, auf 1,6% gegenüber Vorquartal. Wie das Welt-Bruttoinlandsprodukt so expandiert auch die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe seit einiger Zeit in moderatem Tempo. Dagegen stagniert der Welthandel mit Waren nun schon seit etwa zwei Jahren (vgl. Abbildung 2).

Abbildung 1
Bruttoinlandsprodukt der Welt, der USA und des Euroraums

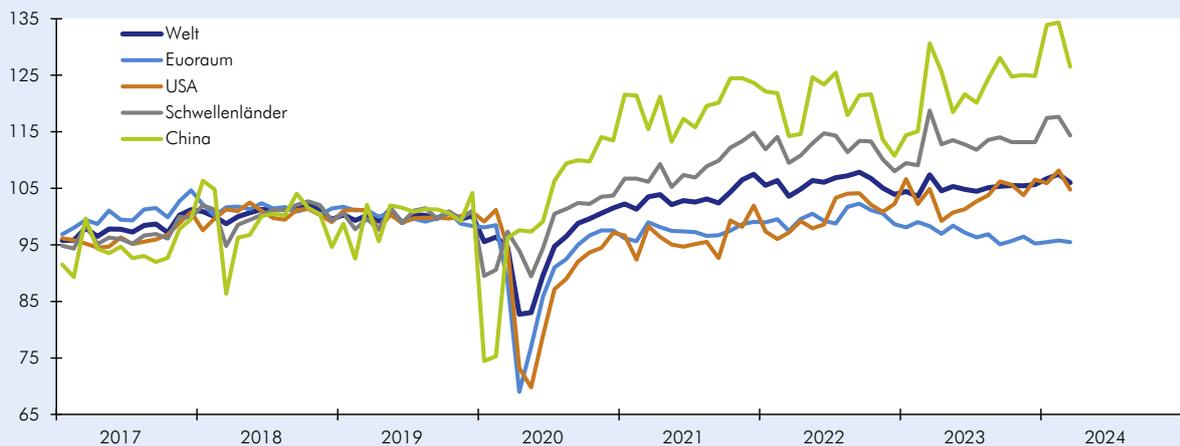
Vierteljährliche Zuwachsraten in %



Quellen: OECD; IWF; Eurostat; nationale Statistikämter; 2024 und 2025: Schätzung und Prognose des IWH.

Abbildung 2
Preisbereinigte Warenexporte

Index 2019=100



Quellen: CPB; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Anders als die weltwirtschaftliche Produktionsdynamik hat das **Preisklima** in letzter Zeit stark geschwankt. Im vergangenen Jahr gingen die Inflationsraten in den meisten Volkswirtschaften von ihren Spitzenwerten aus dem Jahr 2022 deutlich zurück, vor allem wegen des Rückgangs der Energiepreise. Im ersten Halbjahr 2024 liegt die Inflation in den USA allerdings immer noch durchgehend bei über 3%, nicht zuletzt, weil die Konjunktur dort nach wie vor kräftig ist. Die für die mittelfristige Preisentwicklung besonders aussagekräftige Rate für Dienstleistungen ohne Wohnungskosten ist seit dem Winter sogar wieder auf über 4% gestiegen. Damit gerät das Inflationsziel von 2% zunächst einmal außer Reichweite, und die US-Zentralbank (Fed) wird ihren **Leitzins**, anders als an den Finanzmärkten noch

zu Jahresbeginn erwartet, im Sommer wohl nicht senken. Gegenwärtig preisen Futures-Geschäfte einen ersten Zinsschritt in den USA erst für September oder November ein, und die Erwartungen für das Niveau der Kurzfristzinsen im Schnitt der kommenden 24 Monate sind nicht niedriger als im vorigen Jahr. Aber auch für den Euroraum sind sie seit Jahresanfang deutlich gestiegen (vgl. Abbildung 3). Auch dort hat sich der geldpolitische Spielraum für Zinssenkungen verringert, weil die Inflation seit Jahresbeginn nicht mehr wesentlich gesunken ist und weiter etwa einen halben Prozentpunkt über dem Inflationsziel von 2% liegt. Zudem ist im Mai der Preisindex für Güter ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel wieder ein wenig auf 2,9% gestiegen. Es ist deshalb nicht sicher, ob die Europäische Zentralbank (EZB) ihrem Zinssenkungsschritt von Anfang Juni in der zweiten Jahreshälfte noch weitere folgen lassen wird. Dafür spricht gegenwärtig vor allem die schwache Konjunktur im Euroraum, welche den Unternehmen in der Regel nur geringe Preiserhöhungsspielräume lassen dürfte. Es besteht zwar das Risiko, dass die kräftige Dynamik von Tariflöhnen (mit einer Zuwachsrate gegenüber Vorjahreszeitraum von 4,7% im ersten Quartal) und Lohnstückkosten (5,6%) auf die Preisdynamik übergreift, allerdings deutet die Dynamik von Gehaltsangeboten aus Stellenanzeigen (Indeed Wage Tracker) darauf hin, dass auch die Löhne im Euroraum bald weniger stark steigen werden.

Abbildung 3**Erwarteter durchschnittlicher Kurzfrist-Zinssatz für die kommenden zwei Jahre**

Gemessen an Zinsswap-Geschäften mit zweijähriger Laufzeit



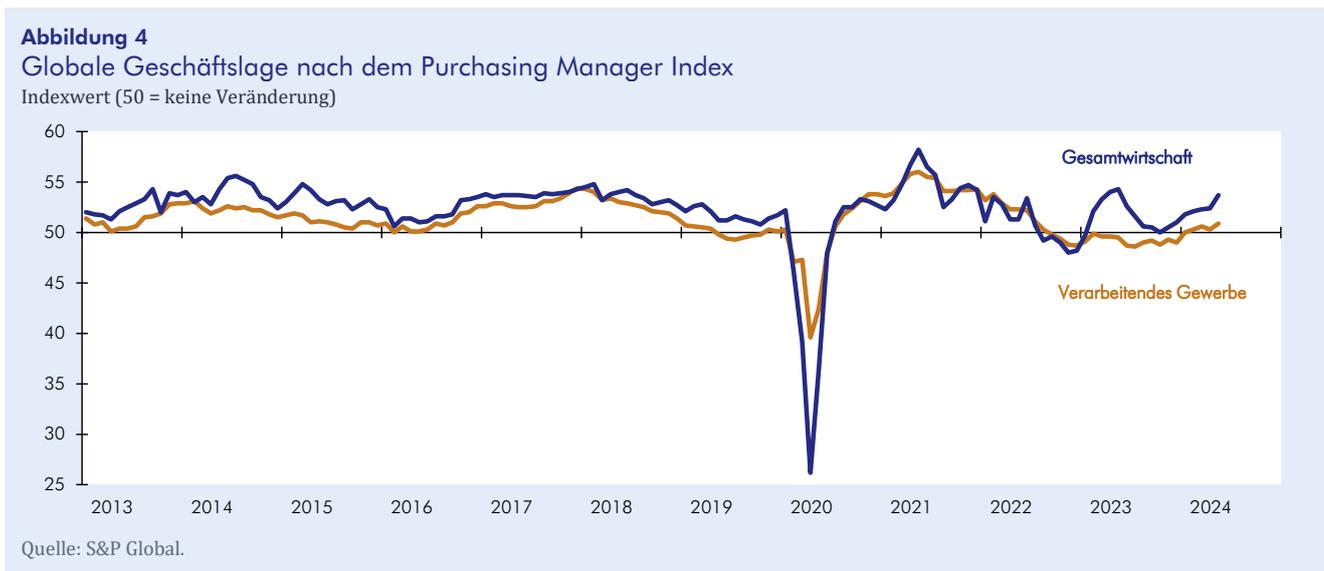
Quelle: LSEG Datastream.

Die Revision von Inflations- und Leitzinserwartungen insbesondere für die USA hat auch zu einem Wiederanstieg der Kapitalmarktzinsen geführt. Staatstitel zehnjähriger Laufzeit rentieren in den USA Anfang Juni um 0,6 Prozentpunkte höher als zu Jahresbeginn. Mit etwa 4½% (Deutschland: 2,6%) liegen sie freilich noch 0,4 Prozentpunkte unter dem Maximalwert im vergangenen Oktober. Unbeeindruckt von diesen Schwankungen lassen die **Finanzmärkte** Aktienbewertungen weiter steigen; so liegt der MSCI-Weltindex Anfang Juni reichlich 7% über seinem Stand Ende vergangenen Jahres. Bemerkenswert ist die geringe Nervosität an den Finanzmärkten, die sich etwa in niedrigen impliziten Volatilitäten für die wichtigsten Aktienindizes und in gesunkenen Risikoprämien für Staatsanleihen höherverschuldeter Euroraum-Mitgliedsländer niederschlägt. Die wichtigsten Wechselkurse schwanken seit einiger Zeit in recht schmalen Bändern, der Euro seit Anfang 2023 zwischen 1,05 und 1,12 US-Dollar. Eine Ausnahme ist die stetige Abwertung des Yen, der seit Anfang 2022 über ein Viertel gegenüber dem US-Dollar verloren hat. Ursache ist hier das große Zinsdifferenzial, denn die japanischen Kurzfristzinsen sind weiterhin nahe 0%. Nicht unerhebliche Preisschwankungen hat es in letzter Zeit auf den **Rohstoffmärkten** gegeben. So sind Industriemetalle seit Anfang des Jahres deutlich teurer geworden. Ursächlich dürften Sorgen um ein unelastisches Angebot und Prognosen einer bald wieder anziehenden Nachfrage sein. Der Preis für Erdöl ist allerdings in etwa so hoch wie im Schnitt des vergangenen Jahres, im Fall der Sorte Brent knapp 80 US-Dollar je Barrel.

Kaum scharfe Brüche sind auch bei der derzeit in der Regel leicht restriktiven Ausrichtung der **Finanzpolitik** in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften absehbar. In den USA bleibt die künftige Finanzpolitik allerdings bis zur Neuformierung der politischen Kräfteverhältnisse nach den Wahlen im November ungewiss. In Großbritannien, wo die Finanzpolitik derzeit deutlich restriktiv ist, wird schon im Juli gewählt. Die Finanzpolitik im Euroraum ist im Jahr 2024 ebenfalls restriktiv, auch wegen des Auslaufens der Maßnahmen zur Dämpfung der Energiekosten. Im kommenden Jahr dürfte der Restriktionsgrad zurückgehen. In Japan zieht sich der Abbau solcher Maßnahmen noch bis zum Ende des Jahres 2024 hin.

Die **chinesische Wirtschaftspolitik** hat ihre Bemühungen um eine Eindämmung der Immobilienkrise zuletzt noch einmal verstärkt. Die Untergrenze für Hypothekenzinsen wurde aufgehoben, und die vorgeschriebene Mindestanzahlung für den Kauf von Wohnungen wurde herabgesetzt. Zudem stellt die Zentralbank den Geschäftsbanken Gelder zur Verfügung, um staatlichen Unternehmen den Kauf von Wohnungen zu ermöglichen, die derzeit keinen Absatz finden. Ansonsten setzt China auf die Förderung von Produktion und Export auf den Gebieten der Digitalwirtschaft und der grünen Transformation. Nicht zuletzt dieser Politik ist es zuzuschreiben, dass das chinesische Exportgeschäft trotz eines insgesamt stagnierenden Welthandels im Trend deutlich expandiert (vgl. Abbildung 2). Ein wichtiger Faktor ist dabei, dass die Preise chinesischer Exportgüter seit etwa einem Jahr deutlich fallen.

Jüngste Umfragen lassen auf eine Verbesserung des globalen Geschäftsklimas im Frühsommer schließen; das gilt besonders für Unternehmen des Dienstleistungssektors (vgl. Abbildung 4). Dennoch bleiben die **Aussichten für die internationale Konjunktur** durch die, gemessen an den vergangenen 20 Jahren, recht hohen nominalen wie realen Zinsniveaus und einer in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften zumeist restriktiven Finanzpolitik leicht eingetrübt. Insgesamt ist für die Weltwirtschaft mit einer leichten Abschwächung des moderaten Expansionstempos zu rechnen. In den USA hat die von den meisten Prognostikern lange Zeit zu früh vorausgesagte Abschwächung des privaten Konsums im Frühjahr eingesetzt, und sie dürfte sich weiter fortsetzen. Ein Einbruch ist aber schon wegen der günstigen Lage am Arbeitsmarkt nicht zu erwarten. In Europa setzt sich die zaghafte Erholung insbesondere wegen recht deutlich steigender Reallöhne fort. Die Investitionen werden aber wohl verhalten bleiben, nicht nur wegen der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen, sondern auch wegen verbreiteter Skepsis bezüglich langfristiger Wachstumsperspektiven der europäischen Wirtschaft.



In China dürfte die Wirtschaft in den kommenden Quartalen wieder langsamer expandieren als zu Beginn des Jahres. Einzelhandelszahlen deuten auf eine wieder stärkere Konsumzurückhaltung der privaten Haushalte hin. Ein wesentlicher Grund ist wohl die anhaltende Immobilienkrise. So hat sich der Rückgang der Häuserpreise zuletzt beschleunigt, im April auf 3,1% gegenüber Vorjahreszeitraum für die 70 größten Städte. Auch ein weiter zunehmender Außenbeitrag wird die binnenwirtschaftliche Schwäche nicht voll kompensieren können.

Alles in allem steigt die Weltproduktion nach vorliegender Prognose im Jahr 2024 um 2,7% und im Jahr 2025 um 2,6% (vgl. Tabelle A1). Der Welthandel mit Gütern ist dieses Jahr um 0,9% höher als 2023. Für 2025 wird eine Expansion des Handels von 2,2% prognostiziert. Die Inflationsraten dürften im Euroraum und in Großbritannien gegen Ende des Jahres 2024 in die Nähe der geldpolitischen Zielraten von 2% kommen, in den USA erst im Laufe des Jahres 2025.

Risiken

Gefahren für die internationale Konjunktur kommen aktuell vor allem vonseiten der Wirtschaftspolitik. So zeichnet sich für die nächsten Quartale ab, dass sich die Weltwirtschaft weiter fragmentieren wird. Die US-Regierung hat die Zölle auf Importe chinesischer Güter wie Elektrofahrzeuge, Batterien und Halbleiter drastisch erhöht, und möglicherweise werden in China produzierte Elektrofahrzeuge an den Grenzen der Europäischen Union bald ebenfalls höher

besteuert. Im Gegenzug könnte China Exporte und Aktivitäten westlicher Unternehmen erschweren. Ein weiteres wirtschaftspolitisches Risiko besteht in der Unsicherheit über die kommende Zinsentwicklung. Zwar ist in der vorliegenden Prognose angenommen, dass die Geldpolitik in den USA und in Europa deutlich vorsichtiger gelockert wird als Anfang des Jahres erwartet wurde. Doch auch die hier unterstellte Lockerung wird nur dann realisiert werden, wenn sich wieder ein Trend zu niedrigerer Preisdynamik abzeichnet. Dem könnte in den USA eine anhaltend kräftige Konjunktur und in Europa die hohe Lohnkostendynamik entgegenstehen.

Unvermindert hoch sind zudem die geopolitischen Risiken, sei es in Osteuropa durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine, sei es im Nahen Osten aufgrund der anhaltenden Kämpfe im Gazastreifen, sei es in Ostasien, wo der Druck der Volksrepublik China auf Taiwan zuzunehmen scheint. Mögliche Störungen von Produktion und Distribution an einzelnen von geopolitischen Krisen betroffenen Orten können, wie sich in der Pandemie gezeigt hat, weltwirtschaftlich nur verzögert und begrenzt kompensiert werden.

Rahmenbedingungen für die Prognose

Der hier vorgelegten Prognose liegen folgende Rahmenbedingungen zugrunde: Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar liegt bis zum Ende des Prognosezeitraums bei 1,09 US-Dollar/Euro. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft liegt im Prognosezeitraum um etwa 1½ Prozentpunkte unter der in den vergangenen zwei Jahren. Der Welthandel (Güter) dürfte im Jahr 2024 um 0,9% und im Jahr 2025 um 2,2% steigen. Ferner wird davon ausgegangen, dass die EZB ihren Hauptrefinanzierungssatz von gegenwärtig 4,25% auf 4% zum Jahresende 2024 und 3,25% im Schlussquartal 2025 senkt. Der Preis für Erdöl der Sorte Brent liegt im Durchschnitt des zweiten Halbjahres 2024 bei 81 US-Dollar je Barrel und im Jahr darauf bei durchschnittlich 78 US-Dollar.

Die Finanzpolitik in Deutschland wirkt im Jahr 2024 restriktiv. Die wesentliche Ursache hierfür ist das Auslaufen der Strom- und Gaspreisbremse zum Ende des vergangenen Jahres. Auch weitere staatliche Maßnahmen zur Abfederung des Anstiegs der Energiepreise, wie die Stabilisierung der Übertragungsnetzentgelte oder Hilfen für Krankenhäuser, sind mittlerweile ausgelaufen. Auf der staatlichen Einnahmeseite belasten vor allem Änderungen bei der LKW-Maut und die Erhöhung der CO₂-Bepreisung in den Bereichen Wärme und Verkehr den privaten Sektor. Zudem liefen die temporären Senkungen der Umsatzsteuersätze in der Gastronomie und auf Erdgaslieferungen aus. Der Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung ist zu Beginn des Jahres gestiegen, und die Anhebung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Pflegeversicherung zum 1. Juli 2023 wirkt im laufenden Jahr noch nach. Hingegen regen weitere Entlastungen bei der Einkommensteuer im Rahmen des Inflationsausgleichsgesetzes sowie die darüber hinausgehende Anhebung des Grundfreibetrages die Nachfrage an. Die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes werden zudem durch die temporäre Absenkung der Stromsteuer entlastet. Auf der Ausgabeseite wirken Mehrausgaben für den Klimaschutz und die Landesverteidigung expansiv. Auch sind Maßnahmen im Gesundheits- und Pflegebereich, wie die Krankenhausreform oder das Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz, in Kraft getreten, die mit Mehrausgaben einhergehen. Alles in allem wirken die diskretionären finanzpolitischen Maßnahmen im laufenden Jahr dennoch restriktiv (vgl. Tabelle A13). Der nachfragedämpfende Effekt beläuft sich auf 0,7% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Im Jahr 2025 ist die Finanzpolitik nahezu konjunkturneutral ausgerichtet. Zwar dürften der Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung sowie der Beitragssatz zur Pflegeversicherung zu Beginn des Jahres steigen. Darüber hinaus werden die CO₂-Preise in den Bereichen Wärme und Verkehr weiter angehoben und die steuer- und sozialbeitragsfreie Inflationsausgleichsprämie läuft Ende 2024 aus. Jedoch entfaltet das Wachstumschancengesetz im Jahr 2025 seine Wirkung und die kalte Progression wird annahmegemäß erneut ausgeglichen. Schließlich werden die Ausgaben für die Landesverteidigung erneut ausgeweitet und die Kindergrundsicherung tritt in Kraft. Alles in allem beläuft sich der restriktive Effekt aus diskretionären finanzpolitischen Maßnahmen im Jahr 2025 auf 0,1% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Den finanzpolitischen Annahmen liegt zugrunde, dass die derzeitige Bundesregierung bis zum Ende der Legislaturperiode im Amt bleibt und es zu einer turnusgemäßen Verabschiedung des Bundeshaushalts 2025 kommt.

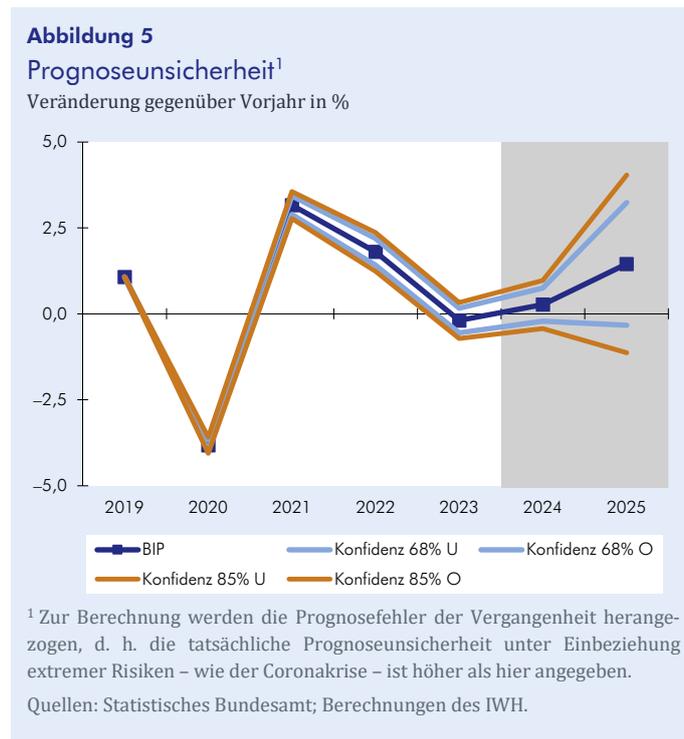
Erste Erholungstendenzen in der deutschen Wirtschaft

In der ersten Jahreshälfte 2024 kommt der Abschwung in Deutschland zwar noch nicht zu einem Ende, es vermehren sich aber die Anzeichen für eine konjunkturelle Besserung. Im **Auftaktquartal** expandierte die Produktion um 0,2%, nachdem sie im Schlussquartal 2023 noch deutlich geschrumpft war. Wesentlich war ein Wiederanstieg der Exporte um reichlich einen Prozentpunkt. Auf ihn ist auch die leichte Zunahme (um 0,2%) der Produktion im Verarbeitenden Gewerbe zurückzuführen. Zudem expandierten die Bauinvestitionen, trotz der anhaltenden Krise des Wirtschaftszweiges, mit 2,7% ausgesprochen kräftig. Dabei spielte neben dem milden Winterwetter ein Schub bei den öffentlichen Bauinvestitionen eine Rolle. Beides kam insbesondere dem Tiefbau zugute. In den kommenden Quartalen dürfte der Bau die Konjunktur wie schon in den vergangenen drei Jahren aber wieder bremsen. Anders sieht es für den **privaten Konsum** aus: Er schrumpfte zum Jahresauftakt um 0,4% auf ein Niveau, das noch unter dem von vor zwei Jahren liegt. Der Rückgang ist umso bemerkenswerter, als die real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte zulegten, die Bruttolöhne und -gehälter real um immerhin 1,9%. Die Sparquote ist auf 12,4% gestiegen, den höchsten Wert seit dem Pandemiejahr 2020. Mit einer Verunsicherung der Konsumenten sind die Zahlen kaum zu erklären, denn die Stimmung ist zwar schlecht, hat sich in den vergangenen Monaten aber ein wenig verbessert. Zu vermuten ist, dass die häufig (etwa im Öffentlichen Dienst der Länder) in den ersten Monaten des Jahres ausgezahlten Inflationsausgleichszahlungen zum großen Teil erst einmal gespart wurden, gerade wenn sie erst zu Ende des Quartals erfolgten. Die einmaligen Inflationsausgleichszahlungen dürften auch den abrupten Anstieg der Lohnquote (um einen Prozentpunkt auf reichlich 72%) erklären.

Einen Teil des in den ersten Monaten des Jahres angesparten Geldes dürften die Haushalte dann **im zweiten Quartal** verausgaben. Zudem steigen die Löhne weiter kräftig und deutlich stärker als die Verbraucherpreise. So beinhalteten die Tariflohnabschlüsse im Einzelhandel vom Mai einen Lohnanstieg für die Zeit von Oktober 2023 bis April 2025 um 14%. Die höheren Arbeitnehmereinkommen werden in den kommenden Quartalen zu einer Ausweitung des privaten Konsums führen. Allerdings wird die schwache Konjunktur auch Spuren auf dem Arbeitsmarkt hinterlassen. Zuletzt hat die Beschäftigung lediglich aufgrund des Stellenaufwuchses bei den öffentlichen Dienstleistern noch expandiert, und der BA-Stellenindex deutet mittlerweile nur noch auf eine Stagnation hin, nach Jahren erheblicher Beschäftigungsgewinne. Die Zahl der Erwerbstätigen, die in den nächsten Monaten konjunkturbedingt leicht sinkt, wird die Verluste im Jahr 2025 wieder wettmachen. Entsprechend steigt die Arbeitslosenquote bis Anfang des nächsten Jahres auf 6,2% leicht an und sinkt dann bis Ende des Prognosezeitraums wieder auf den derzeitigen Ausgangswert. Auch deshalb dürfte der private Konsum zwischenzeitlich etwas schwächer expandieren.

Dass die deutsche Wirtschaft grundsätzlich auf Erholungskurs ist, darauf deutet die zuletzt deutlich gestiegene Erwartungskomponente des ifo Geschäftsklimas hin. Zum ersten Mal seit Sommer 2021 ist sie besser als die Beurteilung der Geschäftslage, der Index liegt freilich aus langfristiger Perspektive immer noch auf niedrigem Niveau. Ein Grund dafür ist die anhaltende **Krise am Bau**. Die Zahl der Baugenehmigungen, ein zuverlässiger Frühindikator der Aktivität, sind für Wohnbauten gegenwärtig um etwa ein Viertel geringer als vor Jahresfrist. Hier dürfte der konjunkturelle Tiefpunkt noch nicht erreicht sein. Denn die Baukosten sind weiter zu hoch, auch wenn sie seit einiger Zeit nicht mehr steigen und die Finanzierungskosten zuletzt ein wenig gesunken sind. Zu einer Überwindung der Kostenkrise wäre aber eine deutliche Kostensenkung erforderlich, die sich noch kaum abzeichnet. Etwas günstiger ist die Lage für den Wirtschafts- und den öffentlichen Bau. Beide profitieren von Nachfrage im Zuge der grünen Transformation der Wirtschaft. Dazu kommen die Bemühungen um eine Renovierung des Schienennetzes und Investitionen in Ausrüstungen im Rahmen des Sondervermögens für die Bundeswehr. Insgesamt dürften die Ausrüstungsinvestitionen in den kommenden Quartalen aber nur verhalten ausgeweitet werden, nicht zuletzt, weil die Unternehmen aufgrund der seit längerem schleppenden **Exportgeschäfte** gegenwärtig wenig Veranlassung zur Erweiterung ihrer Produktionskapazitäten sehen. Dabei spielt der nun schon seit über zwei Jahren stagnierende Welthandel eine Rolle, aber auch der Verlust an Wettbewerbsfähigkeit deutscher Anbieter in wichtigen Zweigen des Verarbeitenden Gewerbes, etwa der Chemieindustrie, aber wohl auch im Automobilbau. Auch wenn die Auftragsbestände nach der vom Statistischen Bundesamt geführten Statistik immer noch komfortabel erscheinen, ist deren Beurteilung durch die Unternehmen laut ifo Konjunkturperspektiven schon länger nicht mehr günstig. Die Auftragseingänge aus dem Ausland wie aus dem Inland sind nun schon drei Jahre lang rückläufig. Im jüngsten Berichtsmonat April gab es allerdings erstmals wieder einen merklichen Anstieg bei den um die stark schwankenden Großaufträge bereinigten Auslandsaufträgen. Die vorliegende Prognose beinhaltet moderat steigende Exporte in den kommenden Quartalen.

Alles in allem dürfte die Produktion im Sommerhalbjahr verhalten ausgeweitet werden. Von der Fußball-Europameisterschaft in Deutschland im Juni und Juli ist kein nennenswerter konjunktureller Impuls zu erwarten (vgl. Kasten 1).



Gesamtwirtschaftlich kaum ins Gewicht fallen werden auch die Aktivitäten zur Beseitigung der Flutschäden in Süddeutschland.¹ Ab dem Herbst dürfte die Belebungs-Fahrt aufnehmen. Insgesamt steigt das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2024 nach vorliegender Prognose um 0,3% (vgl. Tabelle in der Zusammenfassung). Im Jahr 2025 dürfte der Zuwachs 1,5% betragen. Die Kapazitäten sind noch bis Ende 2025 unterausgelastet. (vgl. Tabelle A7 und Kasten 2). Für das Jahr 2024 reicht das 68%-Prognoseintervall für den Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes von -0,2% bis 0,8% und für das Jahr 2025 von -0,3% bis 3,2% (vgl. Abbildung 5).² Die Zahl der Erwerbstätigen bleibt im Verlauf des Jahres 2024 in etwa konstant, im Jahr 2025 beginnt sie demographiebedingt zurückzugehen. Die Verbraucherpreis-inflation beträgt im Jahresdurchschnitt 2024 2,3% (vgl. Abbildung A9). Dabei ist sie erst im Schlussquartal deutlich rückläufig, weil zunächst die kräftigen Lohnsteigerungen den Sommer über zum Teil überwälzt werden (vgl. Kasten 3). Im Jahr 2025 dürfte die Inflationsrate bei 1,9% liegen.

Kasten 1

Zu den gesamtwirtschaftlichen Effekten von Fußball-Meisterschaften: Die WM 2006 und die EM 2024 in Deutschland

Die Fußball-Weltmeisterschaft (WM) 2006 in Deutschland war ein bedeutendes sportliches Großereignis, das sowohl in der Öffentlichkeit als auch in der Wirtschaft große Aufmerksamkeit erregte. Es stellt sich die Frage, welche gesamtwirtschaftlichen Effekte von solchen Veranstaltungen ausgehen und ob sie einen nachhaltigen wirtschaftlichen Nutzen für die Austragungsregionen haben.^{K1.1}

Kurzfristige wirtschaftliche Effekte: Im Vorfeld der WM 2006 wurde eine erhöhte Bauaktivität in den Spielorten festgestellt, welche sowohl die Renovierung und den Ausbau von Stadien als auch Verbesserungen der städtischen Infrastruktur umfasste. Allerdings zeigten sich keine signifikanten Nettoeffekte auf die gesamtwirtschaftliche Aktivität, da diese Projekte oft andere Bauvorhaben verdrängten.

Ein weiterer kurzfristiger Effekt war der erhöhte Umsatz im Gastgewerbe, insbesondere durch ausländische Besucher. Die Anzahl der Hotelübernachtungen stieg im Juni 2006 um 34% im Vergleich zum Vorjahr. Trotz dieser positiven Bruttoeffekte wurden jedoch auch Verdrängungseffekte beobachtet: Einheimische Touristen und Geschäftsreisende wichen auf andere Destinationen aus, um der Überfüllung und den erhöhten Preisen zu entgehen.

^{K1.1} Siehe zum Folgenden Drygalla, A.; Heinisch, K.; Holtemöller, O.: [Gesamtwirtschaftliche Effekte von Fußball-Meisterschaften: Die WM 2006 und die EM 2024 in Deutschland](#), in: Konjunktur aktuell — Jg. 12 (2), 2024, im Erscheinen.

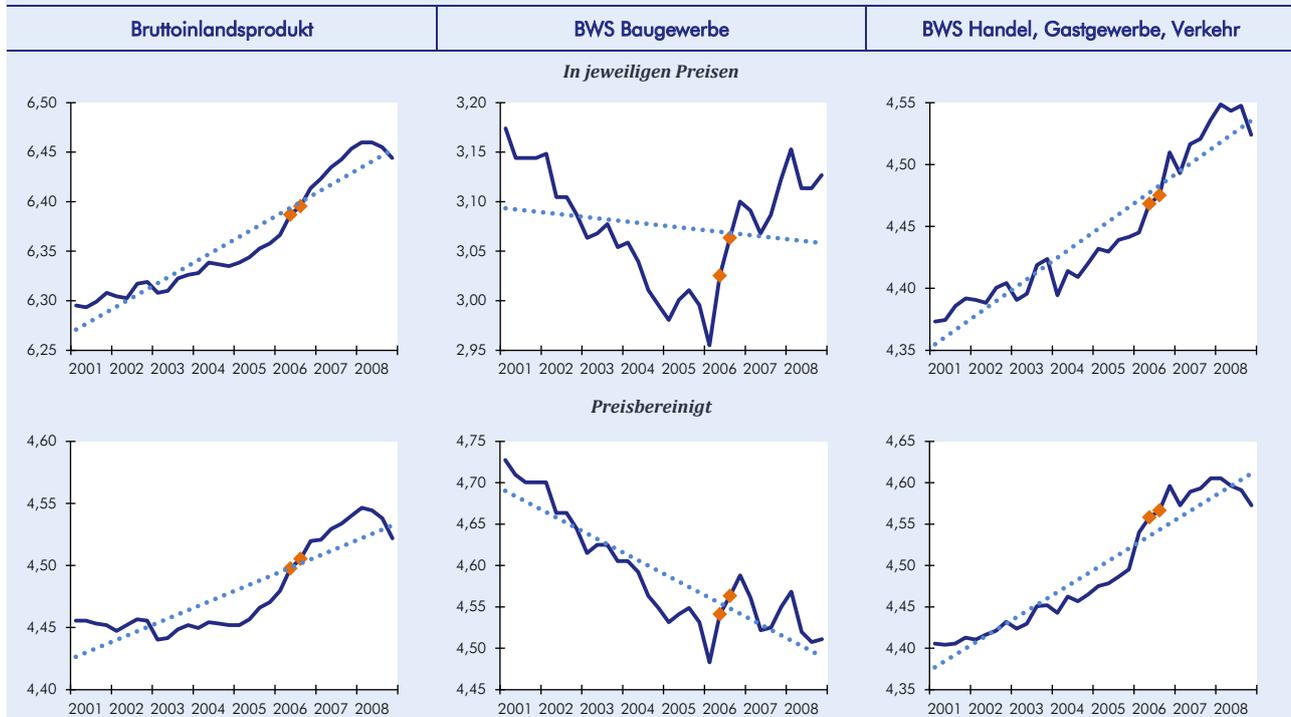
¹ Vgl. *Arbeitskreis Konjunktur: Flut-Katastrophen und regionale Wirtschaftsentwicklung in Deutschland*, Kasten 4 in Konjunktur aktuell — Jg. 9 (3), 2021, 77 f.

² Das 68%-Prognoseintervall überlagert die tatsächliche Wachstumsrate mit einer Wahrscheinlichkeit von 68% – sofern das Basisszenario zutreffend ist. Zur Berechnung werden die Prognosefehler aus der Vergangenheit herangezogen und Risikoszenarien ausgeblendet, d. h., die tatsächliche Prognoseunsicherheit unter Einbeziehung extremer Risiken ist höher als hier angegeben.

Die Bruttowertschöpfung in den Spielorten im Jahr 2006 war nominal um gut 1% höher als ohne die WM zu erwarten gewesen wäre. In realen Zahlen konnten jedoch keine signifikanten **gesamtwirtschaftlichen Effekte** festgestellt werden (vgl. Abbildung K1). Dies deutet darauf hin, dass sich aufgrund der WM höhere Preise durchsetzen ließen, aber keine konjunkturellen Impulse gesetzt wurden.

Abbildung K1**Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in ausgewählten Wirtschaftsbereichen**

Logarithmierte Werte



Anmerkungen: Orangene Punkte kennzeichnen das zweite und dritte Quartal des Jahres 2006. Log-lineare Trends geschätzt über den abgebildeten Zeitraum.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnung und Darstellung des IWH.

Neben den direkten ökonomischen Auswirkungen spielte auch der sogenannte "Feel-Good-Effekt" eine Rolle. Die positive Stimmung im Land, ausgelöst durch das sportliche Großereignis, kann indirekt die gesamtwirtschaftliche Nachfrage stimulieren. Studien zeigten, dass die internationale Wahrnehmung Deutschlands durch die erfolgreiche Ausrichtung der WM 2006 verbessert wurde, was langfristig positive Effekte auf den Tourismus und die Exporte haben könnte.

Ausblick auf die Fußball-Europameisterschaft 2024 in Deutschland

Die **ökonomischen Effekte der Fußball-Europameisterschaft 2024** werden sich ähnlich gestalten. Kurzfristig werden insbesondere im Gastgewerbe und im Einzelhandel höhere Umsätze prognostiziert, welche vor allem durch die Zunahme ausländischer Besucher bedingt sind. Die Anzahl der teilnehmenden Nationen ist geringer als bei einer WM, jedoch ist der Anteil der europäischen Länder mit geringen Anreisekosten höher, was zu einem deutlichen Anstieg der Besucherzahlen führen könnte.

Relevante gesamtwirtschaftliche Effekte wird die Fußball-Europameisterschaft 2024 in Deutschland allerdings nicht haben. Zwar werden positive Impulse durch Fußball-Touristen erwartet, jedoch dürften diese durch Verdrängungseffekte weitgehend neutralisiert werden. Dennoch könnte das Ereignis je nach Verlauf das konjunkturelle Klima über einen positiven Stimmungseffekt beeinflussen.

Das schon im weltwirtschaftlichen Abschnitt genannte **Konjunkturrisiko** einer weiteren Fragmentierung der Weltwirtschaft in einen westlichen und einen chinesisch dominierten Wirtschaftsblock ist für die deutsche Wirtschaft wegen ihrer engen Verbindungen mit China besonders relevant. So wird derzeit vielfach erwartet, dass die Europäische Kommission im Sommer Strafzölle auf subventionierte chinesische Produkte erhebt, und dass China mit eigenen Zollerhöhungen antworten wird. In Mitleidenschaft gezogen würden besonders Unternehmen der Automobilbranche, und zwar auch über europäische Zölle auf in China von deutschen Unternehmen für den Europäischen Markt produzierte Fahrzeuge. Grundsätzlich würde mit einer weiteren Zunahme handelsbehindernder Maßnahmen das Risiko einer Fortsetzung der Stagnation im internationalen Warenhandel steigen. Unter solchen Bedingungen wären die Chancen für eine in der vorliegenden Prognose unterstellten Expansion der deutschen Exporte schlecht. Es ist zweifelhaft, ob sich eine gesamtwirtschaftliche Erholung in Deutschland ohne außenwirtschaftliche Impulse einstellen könnte.

Kasten 2

Zur Schätzung des Produktionspotenzials

Das IWH greift zur Bestimmung des Produktionspotenzials auf die Methode zurück, die auch von der EU-Kommission im Rahmen der regelmäßigen Haushaltsüberwachung angewendet wird. Unter Anwendung dieser Methode ergibt sich für den Projektionszeitraum bis zum Jahr 2028 ein jahresdurchschnittlicher Zuwachs des Produktionspotenzials von 0,7% (vgl. Tabelle K2).

Die Einschätzung der Bevölkerungsentwicklung orientiert sich an der Variante W2-G2-L2 der Anfang Dezember 2022 vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten 15. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, welcher moderate Annahmen zu Wanderung, Geburtenrate und dem Anstieg der Lebenserwartung zugrunde liegen. In der vorliegenden Projektion wurde diese um den tatsächlichen Bevölkerungsstand zum Jahresende 2022 aktualisiert. Für das Jahr 2023 wurden aktuelle Daten zur Wanderung berücksichtigt. Der Wanderungssaldo belief sich in den vergangenen beiden Jahren auf insgesamt etwa 2,1 Millionen, wovon die Nettozuwanderung aus der Ukraine gut die Hälfte ausmachte. Es wird unterstellt, dass sich diese im laufenden Jahr auf etwa 55 000 Personen abschwächt. Ab dem Jahr 2025 ist keine kriegsbedingte Nettozuwanderung aus der Ukraine unterstellt. Die übrige Zuwanderung geht entsprechend der in der Bevölkerungsvorausberechnung unterstellten kontinuierlichen Rückführung des Wanderungssaldos auf 250 000 Personen im Jahr 2033 zurück.

Tabelle K2

Produktionspotenzial und seine Determinanten nach EU-Methode

Jahresdurchschnittliche Veränderung in %¹

	1996-2023 ²		1996-2023		2023-2028	
Produktionspotenzial	1,2		1,2		0,7	
Kapitalstock	1,5	(0,5)	1,5	(0,5)	0,9	(0,3)
Solow-Residuum	0,6	(0,6)	0,6	(0,6)	0,5	(0,5)
Arbeitsvolumen	0,2	(0,2)	0,2	(0,1)	-0,1	(-0,1)
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter	0,0		0,0		0,0	
Partizipationsquote	0,5		0,4		0,3	
Erwerbsquote	0,2		0,2		-0,1	
Durchschnittliche Arbeitszeit	-0,5		-0,4		-0,3	
<i>nachrichtlich:</i>						
Arbeitsproduktivität	1,0		1,0		0,9	

¹ Differenzen in den aggregierten Werten ergeben sich durch Rundung. In Klammern: Wachstumsbeiträge. – ² Tatsächliche Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und seiner Determinanten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen des IWH.

Unter diesen Annahmen wird die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15–74 Jahre) zunächst noch geringfügig zunehmen und ab dem Jahr 2025 im Zuge der Alterung allmählich sinken. Über den gesamten Zeithorizont bleibt sie mit 63,3 Millionen konstant. Dabei wird die Partizipation aufgrund der zunächst niedrigeren Beteiligung ukrainischer Flüchtlinge leicht zurückgehen und erst ab dem Jahr 2026 wieder zunehmen. Die trendmäßige Partizipationsquote wird über den gesamten Projektionszeitraum von 74,7% auf 75,8% steigen.

Die strukturelle Erwerbslosenquote (NAWRU) wird im Jahr 2028 methodenbedingt mit 3,6% etwas höher liegen als im Jahr 2023 (3,0%).

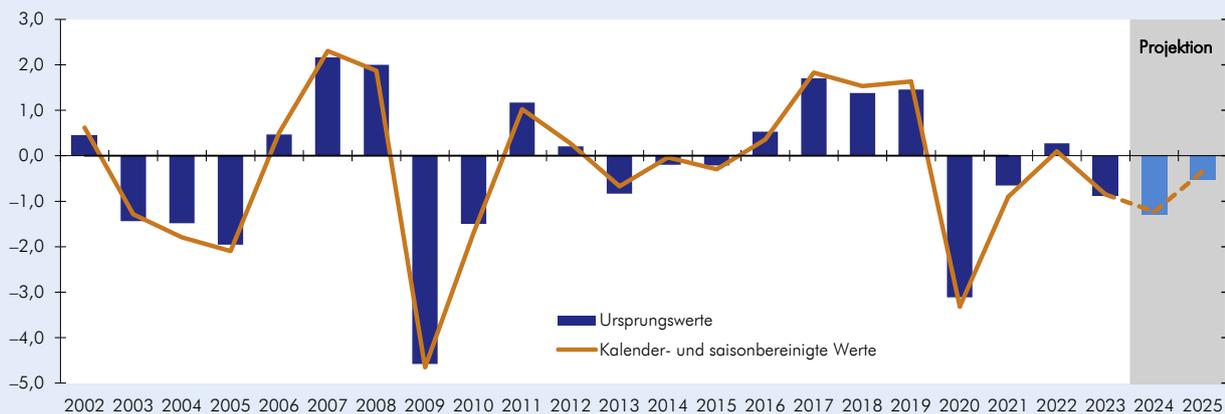
Die durchschnittliche Arbeitszeit je Arbeitnehmer dürfte gegen Ende der kurzen Frist in etwa ihrem trendmäßigen Wert entsprechen. Ab dem Jahr 2026 wird sie mit Hilfe eines Zeitreihenmodells fortgeschrieben, wobei die außerordentlich niedrige Arbeitszeit im Jahr 2020 als Sondereffekt berücksichtigt wird. Die trendmäßige Arbeitszeit geht im Projektionszeitraum weiter zurück, jedoch weniger stark als in den Jahren zuvor. Über den gesamten Zeitraum sinkt die im Jahr geleistete Arbeitszeit um 19 Stunden.

Alles in allem beginnt das potenzielle Arbeitsvolumen bereits in diesem Jahr leicht zu sinken, infolge der höheren Nettozuwanderung zunächst etwas weniger schnell. In der mittleren Frist dämpfen bis auf die ansteigende Partizipationsrate alle Faktoren. Über den gesamten Projektionszeitraum sinkt das potenzielle Arbeitsvolumen um jahresdurchschnittlich 0,1% und dämpft damit das Potenzialwachstum leicht.

Der Kapitalstock, der auf Basis der Prognose der Bruttoanlageinvestitionen und der Abgangsquote fortgeschrieben wird, wird der Projektion zufolge um durchschnittlich 0,9% pro Jahr ausgeweitet werden und damit 0,3 Prozentpunkte zum Potenzialwachstum beitragen. Der jahresdurchschnittliche Zuwachs der trendmäßigen TFP wird im Projektionszeitraum 0,5% betragen und 0,5 Prozentpunkte zum Potenzialwachstum beitragen.

Abbildung K2
Produktionslücke

In Relation zum Produktionspotenzial in %



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen des IWH.

Auf Basis der Schätzung des Produktionspotenzials und der Prognose des Bruttoinlandsproduktes ergibt sich für das Jahr 2023 eine Produktionslücke von $-0,9\%$, die sich im laufenden Jahr auf $-1,3\%$ vergrößert. Im Durchschnitt des Jahres 2025 verringert sie sich auf $-0,5\%$ (vgl. Abbildung K2).

Das **gesamtstaatliche Haushaltsdefizit** hat sich im Jahr 2023 um 2 Mrd. Euro auf gut 99 Mrd. Euro erhöht. In Relation zum Bruttoinlandsprodukt belief sich der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo auf $-2,4\%$. Im laufenden Jahr dürfte sich das Haushaltsdefizit mit der restriktiv ausgerichteten Finanzpolitik und dem leichten Wiederanziehen der Konjunktur verringern. Die öffentlichen Einnahmen expandieren demzufolge kräftiger als noch im Jahr 2023. Zwar wirken insbesondere bei der Lohnsteuer die Änderungen am Einkommensteuertarif erneut einnahmemindernd. Dem steht aber annahmegemäß eine geringere Inanspruchnahme der steuer- und beitragsfreien Inflationsausgleichsprämie gegenüber. Bei den Steuern vom Umsatz wirkt das Auslaufen der temporären Senkung der Steuersätze in der Gastronomie und auf Erdgas einnahmesteigernd. Die Nettosozialbeiträge werden ebenfalls durch die geringere Inanspruchnahme der Inflationsausgleichsprämie sowie durch den Anstieg der Beitragssätze zur Kranken- und Pflegeversicherung gestützt. Hingegen nehmen die Ausgaben des Staates im Jahr 2024 verlangsamt zu. Zwar dürften die Zinsausgaben auch im laufenden Jahr nochmals spürbar anziehen, und die Arbeitnehmerentgelte expandieren vor dem Hintergrund der Tarifabschlüsse für den öffentlichen Dienst erneut kräftig. Im Gegenzug schlägt vor allem bei den

Subventionen das Auslaufen diverser Maßnahmen zur Abfederung der gesamtwirtschaftlichen Konsequenzen des Energiepreisanstiegs zu Buche. Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo dürfte sich im Jahr 2024 auf –1,4% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt belaufen.

Tabelle 1**Finanzierungssaldo, struktureller Finanzierungssaldo und struktureller Primärsaldo des Staates**

In Milliarden Euro

	2022	2023	2024	2025
gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo	-96,9	-99,1	-59,1	-57,6
– Konjunkturkomponente ¹	5,1	-18,3	-27,9	-11,1
= Konjunkturbereinigter Finanzierungssaldo	-102,0	-80,8	-31,2	-46,6
– Einmaleffekte ²	-8,5	0,0	0,0	0,0
= struktureller Finanzierungssaldo	-93,5	-80,8	-31,2	-46,6
+ Zinsausgaben des Staates	26,5	36,2	43,4	46,3
= struktureller Primärsaldo	-67,0	-44,6	12,1	-0,3
Veränderung des strukturellen Primärsaldos gegenüber dem Vorjahr	25,3	22,4	56,7	-12,4
<i>nachrichtlich:</i>	<i>In Relation zum Bruttoinlandsprodukt in %</i>			
struktureller Finanzierungssaldo	-2,4	-2,0	-0,7	-1,1
struktureller Primärsaldo	-1,7	-1,1	0,3	0,0
Veränderung des strukturellen Primärsaldos gegenüber dem Vorjahr	0,8	0,6	1,4	-0,3

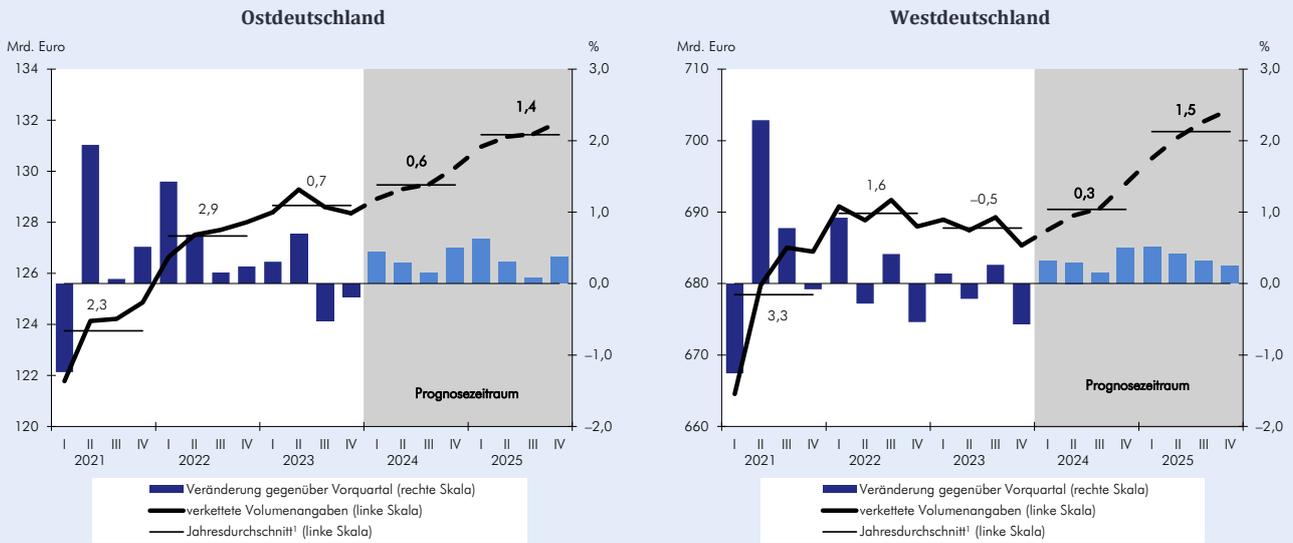
¹ Berechnet mit einer Budgetsemielastizität von 0,504. – ² Abwicklung der HSH Nordbank, Gerichtsurteile, Bußgeldzahlungen im Zusammenhang mit manipulierten Abgaswerten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

Im Jahr 2025 nehmen die Einnahmen des Staates leicht verlangsamt zu. Gleiches gilt für die Steuer- und Beitragseinnahmen. Zwar ist die steuer- und beitragsfreie Inflationsausgleichsprämie dann ausgelaufen und auch die übrigen Steuerrechtsänderungen sowie der unterstellte weitere Anstieg des Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung und die erwartete Anhebung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung wirken insgesamt einnahmesteihernd. Die Bruttolöhne und -gehälter expandieren aber deutlich schwächer als noch im Jahr zuvor. Die Ausgaben des Staates legen im Jahr 2025 hingegen etwas stärker zu als im Vorjahr. Zwar nehmen die Arbeitnehmerentgelte verlangsamt zu, auch weil die Einmalzahlungen der Inflationsausgleichsprämie entfallen. Gleiches gilt mit der allmählichen Stabilisierung des Zinsumfeldes für die Zinsausgaben des Staates. Die monetären Sozialleistungen dürften im Jahr 2025 jedoch mit einer ähnlichen Rate ausgeweitet werden wie im Jahr zuvor. Zwar geht die Zahl der Arbeitslosen zurück, gleichzeitig wird in jenem Jahr aber die Kindergrundsicherung eingeführt und die Rentenanpassung fällt erneut kräftig aus. Die Subventionen, die im Jahr 2024 den Ausgabeanstieg dämpfen, gehen im kommenden Jahr kaum mehr zurück. Alles in allem expandieren die Einnahmen des Staates im Jahr 2025 um 5,4% und die Ausgaben um 5,2%. Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo liegt im Jahr 2025 bei –1,3% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt und damit ähnlich wie im Vorjahr. Der strukturelle Finanzierungssaldo erhöht sich von –2,0% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2023 auf –1,1% im Jahr 2025. Der strukturelle Primärsaldo nimmt mit der restriktiv ausgerichteten Finanzpolitik von –1,1% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2023 auf 0,0% im Jahr 2025 zu (vgl. Tabelle 1).

Für die **ostdeutsche Wirtschaft** ist der Abschwung im vergangenen Jahr deutlich milder ausgefallen als für Deutschland insgesamt: Während das deutsche Bruttoinlandsprodukt um 0,2% sank, stieg es im Osten um 0,7%. Ausschlaggebend waren zwei Wirtschaftszweige. Zum einen konnte das Verarbeitende Gewerbe im Osten um 2% zulegen, statt wie im Westen um ein halbes Prozent zu sinken. In Brandenburg expandierte das Verarbeitende Gewerbe gar um 17,5%. Dahinter dürfte im Wesentlichen das Hochfahren der Autoproduktion im Tesla-Werk Grünheide stehen. Zum anderen expandierte die Produktion von Handel, Verkehr und Gastgewerbe im Osten um 2,8%, statt wie in Deutschland insgesamt um 0,2% zu sinken. Dieser Wirtschaftszweig hängt eng am privaten Konsum, der in Ostdeutschland vermutlich deutlich besser gelaufen ist als im Westen. So war die Rentenanpassung im Osten im Jahr 2023 mit 5,86% zum letzten Mal höher als in Westen (4,39%). Auch sind die ostdeutschen Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten anders als im Westen trotz hoher Inflation real ein wenig gestiegen. Zudem haben die zuletzt real deutlich rückläufigen Unternehmens- und Vermögenseinkommen im Osten ein geringeres Gewicht. Die recht hohe Lohndynamik dürfte auch im Jahr 2024 die ostdeutsche Wirtschaft ein Stück weit stärker stützen als die in Deutschland insgesamt.

Abbildung 6
Das reale Bruttoinlandsprodukt in Ost- und Westdeutschland
 Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



¹ Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“; Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Prognose des IWH.

Allerdings werden die Belastungen durch die ungünstige demographische Entwicklung zusehends größer: In Ostdeutschland beginnt die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mittlerweile zu sinken. Allerdings werden die Aussichten für das ostdeutsche Verarbeitende Gewerbe im Osten gegenwärtig ein Stück weit positiver eingeschätzt als im Westen (vgl. Abbildung 6). Alles in allem dürfte das Bruttoinlandsprodukt in Ostdeutschland mit 0,6% etwas stärker zulegen als in Deutschland insgesamt (0,3%). Für das Jahr 2025 wird eine Zuwachsrate von 1,4% prognostiziert (Deutschland insgesamt: 1,5%). Die Arbeitslosenquote dürfte in beiden Jahren bei 7,6% liegen, nach 7,2% im Jahr 2023.

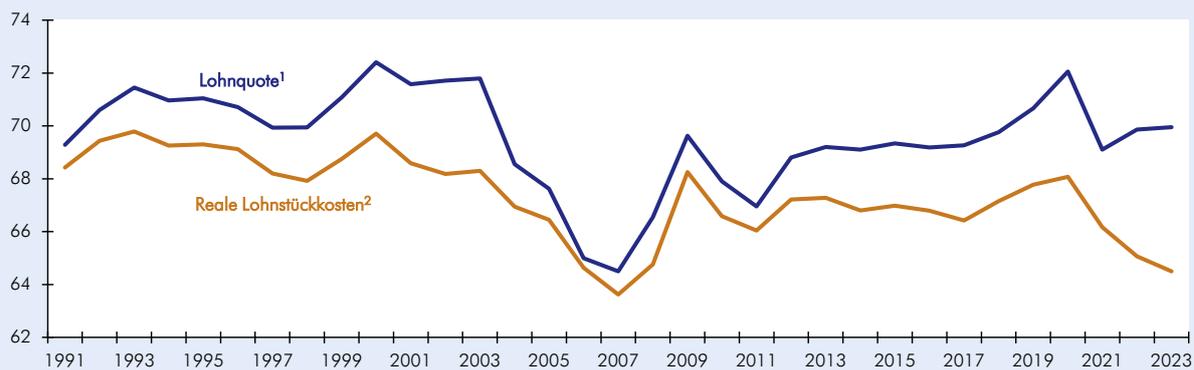
Kasten 3

Wirken die kräftigen Lohnzuwächse in Deutschland inflationär, oder reduzieren sie lediglich hohe Gewinnmargen?

Die Europäische Zentralbank hat Anfang Juni ihre Zinsen gesenkt. Begründet wurde der Schritt mit dem starken Rückgang von Inflation und Inflationserwartungen. Zu dem derzeit ausgeprägten Anstieg der Lohnstückkosten argumentierte die EZB, dass die Unternehmen einen Teil davon über ihre Gewinne kompensieren.^{K3.1} Jedoch wurde darauf hingewiesen, dass stärker als erwartet steigende Löhne ein Inflationsrisiko darstellen.

Ein solches Risiko scheint zumindest für Deutschland mit Blick auf die realen Stückkosten gering, denn aus längerfristiger Perspektive sind diese in den Jahren 2021 bis 2023 auf ein niedriges Niveau gesunken, weil die Dynamik der Preise die der Löhne deutlich übertroffen hat. Zwar kehrt sich dieses Verhältnis im laufenden Jahr um, durch die gegenwärtig hohen Lohnzuwächse dürften sich die realen Lohnstückkosten aber lediglich wieder dem Durchschnitt der 2010er Jahre annähern.^{K3.2} Demnach hätte die hohe Inflation vorübergehend die Verteilungsposition der Bezieher von Unternehmens- und Vermögenseinkommen zulasten der Arbeitnehmer gestärkt. Die realen Lohnstückkosten sind allerdings nicht das einzige Maß für die Verteilungsposition der Arbeitnehmer. Noch häufiger wird die Lohnquote verwendet. Sie ist seit über zehn Jahren in etwa konstant (mit Ausnahme eines Anstiegs im Corona-Jahr 2020, als die Gewinneinkommen einbrachen, während das Arbeitnehmerentgelt stabil blieb) und war im Jahr 2023 sogar etwas höher als im Jahr 2011, als die beiden Messgrößen besonders eng beieinanderlagen (vgl. Abbildung K3.1). Wie erklärt es sich, dass die zwei Größen seitdem immer weiter auseinandergedriftet sind?

Abbildung K3.1
Indikatoren zur funktionalen Einkommensverteilung in Deutschland



¹ Arbeitnehmerentgelt relativ zum Volkseinkommen in %. – ² Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde in Relation zur Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigenstunde.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Die realen Lohnstückkosten sind definiert als Verhältnis zwischen Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde und Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigenstunde^{K3.3}, was sich schreiben lässt als:

$$\text{Reale Lohnstückkosten} = \frac{\text{Arbeitnehmerentgelt}}{\text{Bruttowertschöpfung}} * \frac{\text{Erwerbstätigenstunden}}{\text{Arbeitnehmerstunden}}$$

Die Lohnquote ist dagegen definiert als Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen, das neben diesen auch noch die Unternehmens- und Vermögenseinkommen umfasst:

$$\text{Lohnquote} = \frac{\text{Arbeitnehmerentgelt}}{\text{Volkseinkommen}}$$

K3.1 Vgl. https://www.ecb.europa.eu/press/press_conference/monetary-policy-statement/2024/html/ecb.is240606~d32cd6cc8a.en.html#qa.

K3.2 So argumentiert etwa die Gemeinschaftsdiagnose in ihrem Frühjahrgutachten 2024; vgl. *Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Deutsche Wirtschaft kränkelt – Reform der Schuldenbremse kein Allheilmittel*, Frühjahr 2024. Kiel 2024, 52.

K3.3 Die Erwerbstätigen setzen sich aus den Arbeitnehmern und den Selbstständigen zusammen.

Weil sich das Volkseinkommen nach den Regeln der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auch als Funktion der Bruttowertschöpfung ausdrücken lässt, kann die Lohnquote so dargestellt werden, dass deutlich wird, welche Größen den Unterschied zwischen ihr und den realen Lohnstückkosten ausmachen:

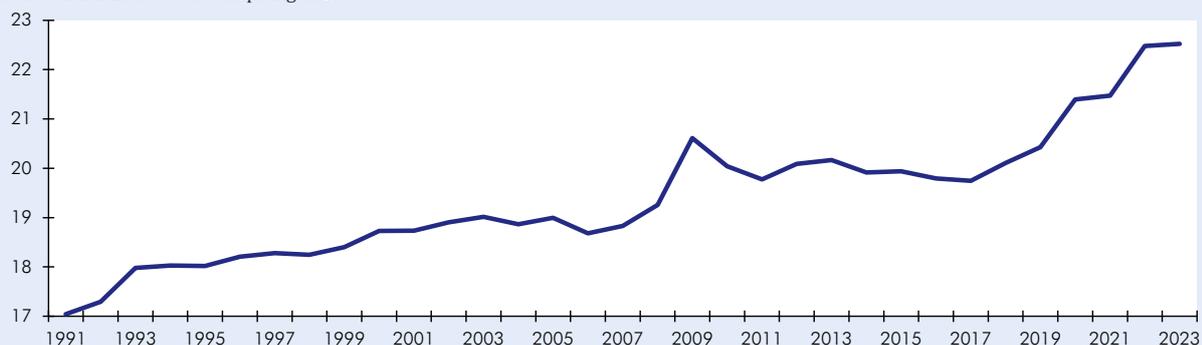
$$\text{Lohnquote} = \frac{\text{Arbeitnehmerentgelt}}{\text{Bruttowertschöpfung} + x + \text{Saldo der Primäreinkommen aus dem und denen ans Ausland} - \text{Abschreibungen}}$$

mit $x = \text{Gütersteuern} - \text{Gütersubventionen} - (\text{empfangene Produktions- und Importabgaben} - \text{Subventionen})$

Die beiden Verteilungsmaße unterscheiden sich also durch den Saldo der aus dem Ausland bezogenen und vom Ausland erhaltenen Primäreinkommen, den Abschreibungen, durch das Verhältnis aus Erwerbstätigen- und Arbeitnehmerstundenzahl, und durch die Größe x , welche Zahlungen vom und an den öffentlichen Sektor beinhaltet. Sie ist in Relation zur Bruttowertschöpfung recht stabil, zur Erklärung des Absinkens der realen Lohnstückkosten relativ zur Lohnquote trägt sie wenig bei.^{K3.4} Der Saldo aus den Primäreinkommen, die aus dem Ausland bezogen werden und denen, die ans Ausland gezahlt werden, ist positiv und einhergehend mit dem Leistungsbilanzüberschuss Deutschlands steigend: Lag der Saldo relativ zur Bruttowertschöpfung im Jahr 2011 noch bei 2,9%, waren es im Jahr 2023 4,4%. Ein steigender Saldo bedeutet ceteris paribus eine sinkende Lohnquote, das Absinken der realen Lohnstückkosten relativ zur Lohnquote ist von daher noch erklärungsbedürftiger.

Abbildung K3.2
Abschreibungen

In Relation zur Bruttowertschöpfung in %



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Die Erklärung liefern die beiden noch ausstehenden Größen. Die Abschreibungen relativ zur Bruttowertschöpfung haben einen steigenden Trend, der sich zuletzt noch einmal deutlich verstärkt hat (vgl. Abbildung K3.2). Höhere Abschreibungen lassen für sich genommen die Lohnquote steigen, weil sie die Unternehmenseinkommen drücken. Der jüngste Anstieg dürfte zum Teil auf die starke Teuerung bei den Bauinvestitionen ab Mitte 2021 zurückzuführen sein, denn die Abschreibungen auf Gebäude werden in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu deren aktuellen Wiederbeschaffungspreisen kalkuliert. Weil die buchhalterischen Abschreibungen der Unternehmen mit Anschaffungskosten kalkuliert werden, werden sich die Unternehmenseinkommen aus betriebswirtschaftlicher Sicht etwas besser entwickelt haben als in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ausgewiesen.^{K3.5} Allerdings hat sich der Trend steigender Abschreibungen schon seit dem Jahr 2017 deutlich verstärkt. Ein Grund dafür dürfte sein, dass Investitionen in Kapital mit hohen Abschreibungsraten an Bedeutung gewonnen haben, nämlich Ausrüstungsinvestitionen gegenüber Bauten und insbesondere Investitionen in immaterielle Kapitalgüter wie Software.^{K3.6} Jedenfalls lag die Abschreibungsrate im Jahr 2023 2,7 Prozentpunkte höher als im Jahr 2011. Für sich genommen hat dies die Quote der Unternehmens- und Vermögenseinkommen gesenkt und die Lohnquote entsprechend erhöht, die realen Lohnstückkosten aber nicht berührt.

^{K3.4} Im Jahr 2011 lag sie bei 0,5% relativ zum Bruttoinlandsprodukt, im Jahr 2023 war sie nahe 0. In den Corona-Jahren 2020 und 2021 stieg sie allerdings vorübergehend wegen hoher Subventionen auf 1,5% bzw. 1,8% relativ zur Bruttowertschöpfung.

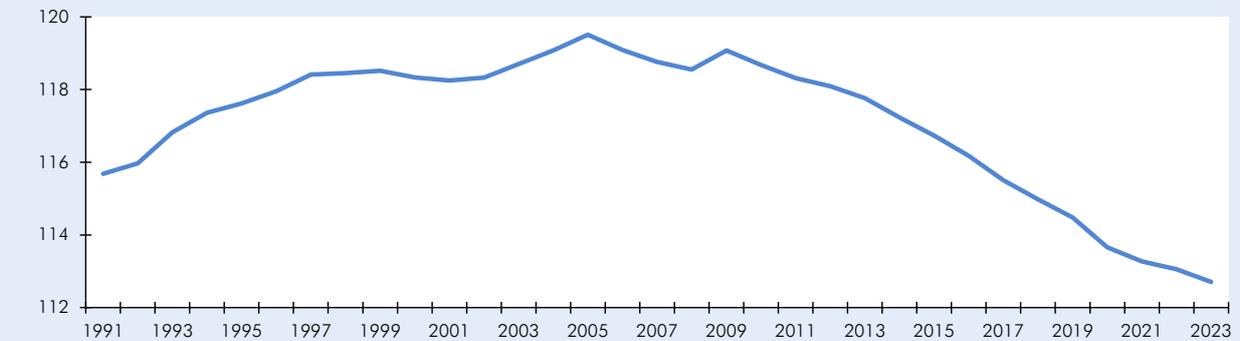
^{K3.5} Vgl. dazu *Boysen-Hogrefe, J.: Zur Prognose der Abschreibungen*. Kiel Insight No. 2023.12.

^{K3.6} Vgl. dazu *Grömling, M.: Produktivitätseffekte der Kapitalbildung in Deutschland*. IW-Trends 2/2022, 19.

Die zweite Ursache für das Auseinanderfallen der beiden Verteilungsmaße ist der Rückgang des Verhältnisses zwischen Erwerbstätigen- und Arbeitnehmerstunden (vgl. Abbildung K3.3). Ausschlaggebend dafür ist, dass seit Mitte der Nullerjahre die Arbeitnehmerzahl im Trend steigt, während die Zahl der Selbständigen leicht zurückgeht. Dass sich immer mehr Arbeitnehmer den gemäß Lohnquote in etwa konstant gebliebenen Anteil am Volkseinkommen teilen, lässt die realen Stückkosten sinken, nicht aber die Lohnquote.

Abbildung K3.3
Erwerbstätigenstunden

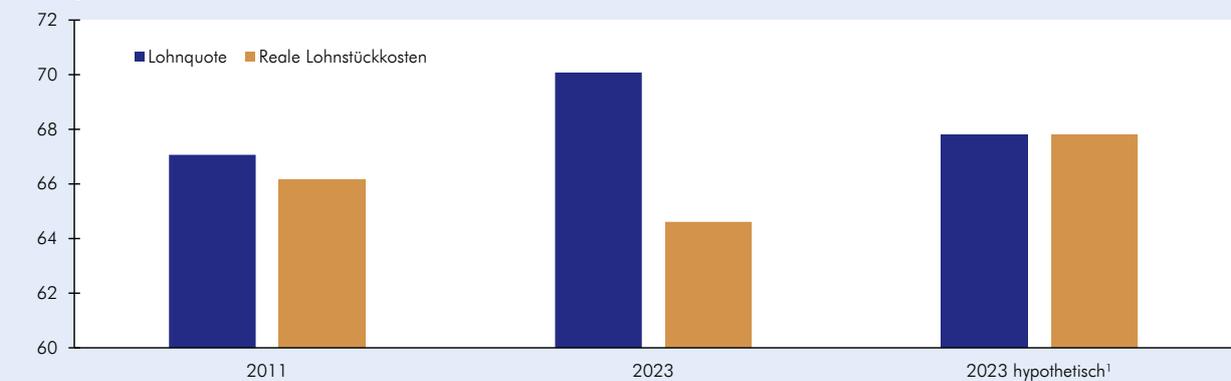
In Relation zu den Arbeitnehmerstunden in %



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Wären das Verhältnis zwischen Erwerbstätigen- und Arbeitnehmerstunden und die Abschreibungsquote seit dem Jahr 2011 konstant geblieben, hätten sich reale Lohnstückkosten und Lohnquote nicht auseinanderentwickelt. Vielmehr lägen sie rein rechnerisch im Jahr 2023 gleichauf (vgl. Abbildung K3.4). Alles in allem deuten die Daten kaum darauf hin, dass sich die Verteilungsposition der Lohnempfänger in Deutschland zugunsten der Unternehmensgewinne in letzter Zeit deutlich verschlechtert hat und für die nächste Zeit mit einer Normalisierung zu rechnen ist.

Abbildung K3.4
Lohnquote und reale Lohnstückkosten



¹ Hypothetisch: Wenn das Verhältnis der Erwerbstätigen- und Arbeitnehmerstundenzahlen und die Abschreibungsquote im Jahr 2023 so hoch gewesen wären wie im Jahr 2011.

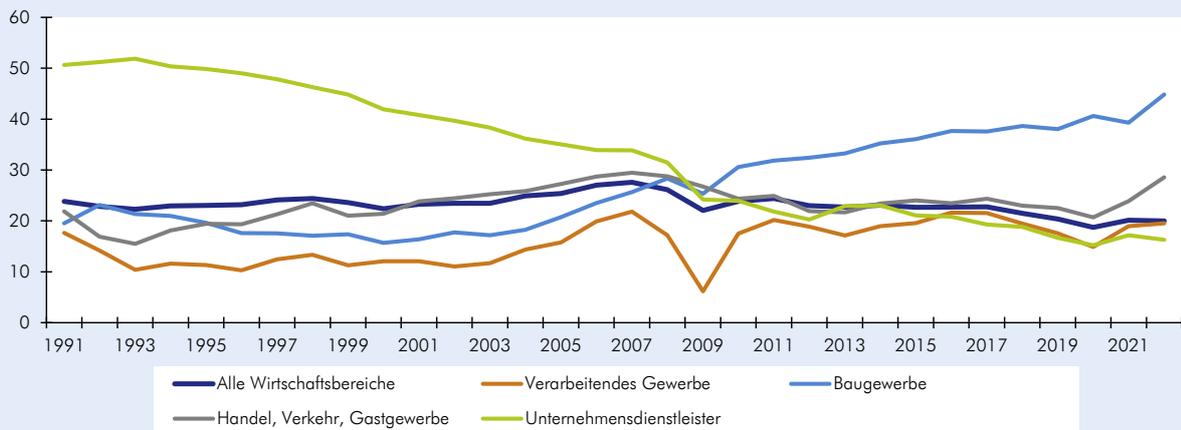
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Allerdings hat sich die Aufteilung der Wertschöpfung zwischen Kapital und Arbeit in den einzelnen Wirtschaftszweigen durchaus unterschiedlich entwickelt. Dies zeigt sich durch eine Abschätzung des Verhältnisses von Nettobetriebsüberschuss zur Bruttowertschöpfung mit Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die gegenwärtig bis zum Jahr 2022 möglich ist (vgl. Abbildung K3.5).^{K3.7}

^{K3.7} Für das Jahr 2023 liegen die für eine Abschätzung des Nettobetriebsüberschusses notwendigen Daten zu den Abschreibungen in den einzelnen Wirtschaftszweigen noch nicht vor.

Abbildung K3.5
Nettobetriebsüberschuss plus sonstige Steuern minus sonstige Subventionen

In Relation zur Bruttowertschöpfung in %



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Während der Nettobetriebsüberschuss relativ zur Wertschöpfung über alle Wirtschaftszweige hinweg in den vergangenen Jahrzehnten im Trend leicht gefallen ist und zuletzt unter dem durchschnittlichen Niveau der vergangenen zehn Jahre lag, ist er im Baugewerbe seit Anfang der Nullerjahre und im Jahr 2022 sogar besonders deutlich gestiegen. Einen Anstieg gab es auch bei Handel, Verkehr und Gastgewerbe. Für diese beiden Wirtschaftszweige ist zu vermuten, dass bei den Gewinnmargen Puffer bestehen, mit deren Hilfe die Unternehmen die deutlichen Lohnkostenanstiege in nächster Zeit auffangen könnten; gesamtwirtschaftlich ist das aber nicht der Fall. Es ist deshalb damit zu rechnen, dass die gegenwärtigen recht kräftigen Lohnanstiege insgesamt preiserhöhend wirken werden. Allerdings sind die Preissetzungsspielräume vieler Unternehmen begrenzt, denn die Nachfrage dürfte sich nur zögerlich erholen: binnenwirtschaftlich wegen der anhaltend hohen Verunsicherung der Konsumenten, und außenwirtschaftlich aufgrund einer zuletzt verschlechterten Wettbewerbsposition deutscher Anbieter, etwa in der Automobil- und der Chemieindustrie.

Anhang

Tabelle A1

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Welt

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt ¹				Verbraucherpreise ¹				Arbeitslosenquote ²			
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %								in %			
		2022	2023	2024	2025	2022	2023	2024	2025	2022	2023	2024	2025
Europa	27,6	3,2	1,0	1,3	1,8	11,4	7,8	4,9	3,4				
EU 27	18,9	3,5	0,6	0,9	1,9	8,9	6,0	2,4	2,1	6,1	6,0	6,0	5,8
Großbritannien	3,5	4,3	0,1	0,9	1,4	9,1	7,3	2,5	2,2	3,9	4,0	4,4	4,5
Schweiz	0,9	2,7	0,8	1,5	1,6	2,8	2,1	1,4	1,0	4,3	4,0	4,2	4,2
Norwegen	0,7	3,0	0,7	1,4	1,5	5,8	5,5	3,7	2,5	3,2	3,6	4,0	3,9
Russland	2,6	-1,2	3,6	2,7	1,0	13,7	5,9	6,5	5,0				
Türkei	1,0	5,5	4,5	5,0	3,0	72,3	53,9	59,0	30,0				
Amerika	37,0	2,3	2,3	2,1	1,9								
USA	29,0	1,9	2,5	2,4	1,8	8,0	4,1	3,2	2,3	3,6	3,6	4,1	4,2
Kanada	2,4	3,8	1,1	1,2	2,1	6,8	3,9	2,3	2,1	5,3	5,4	6,2	6,3
Lateinamerika ³	5,6	3,8	1,9	1,2	2,6								
Asien	35,4	3,3	4,6	4,3	4,0								
Japan	4,8	1,0	1,9	0,0	1,2	2,5	3,3	2,3	2,0	2,6	2,6	2,6	2,6
China ohne Hongkong	20,1	3,0	5,2	5,0	4,5								
Südkorea	1,9	2,6	1,3	3,0	2,2	5,1	3,6	2,5	2,1	2,9	2,7	2,9	2,9
Indien	3,8	7,0	7,8	7,2	6,0								
Ostasien ohne China ⁴	4,8	4,1	3,3	3,9	4,0								
Insgesamt ⁵	100,0	2,9	2,8	2,7	2,6								
fortgeschrittene Volkswirtschaften ⁶	64,0	2,6	1,6	1,7	1,8	7,6	4,7	2,8	2,2	4,5	4,4	4,6	4,6
Schwellenländer ⁷	36,0	3,5	4,8	4,4	4,1								
<i>nachrichtlich:</i>													
Exportgewicht ⁸	–	3,6	1,4	1,8	2,3								
gewichtet nach Kaufkraftparitäten ⁹	–	3,3	3,2	3,1	3,0								
Welthandel ¹⁰	–	3,3	-1,7	0,9	2,2								

¹ Für Ländergruppen: Gewichteter Durchschnitt der Länder. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2022 in US-Dollar.

² Für Ländergruppen: Gewichteter Durchschnitt der Länder. Gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2022.

³ Brasilien, Mexiko, Argentinien, Peru, Kolumbien, Chile.

⁴ Indonesien, Taiwan (Provinz Chinas), Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen, Hongkong (Sonderverwaltungszone Chinas).

⁵ Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2022 in US-Dollar.

⁶ EU 27, Großbritannien, Schweiz, Norwegen, USA, Kanada, Japan, Korea, Taiwan, Hongkong, Singapur.

⁷ Russland, China ohne Hongkong, Indien, Indonesien, Thailand, Malaysia, Philippinen, Lateinamerika.

⁸ Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr 2022.

⁹ Kaufkraftparitäten aus: IMF, World Economic Outlook, Oktober 2022.

¹⁰ Realer Güterhandel. Wert für 2023 von CPB.

Quellen: IWF; OECD; CPB; ILO; 2024 und 2025: Prognose des IWH.

Tabelle A2
Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in den USA

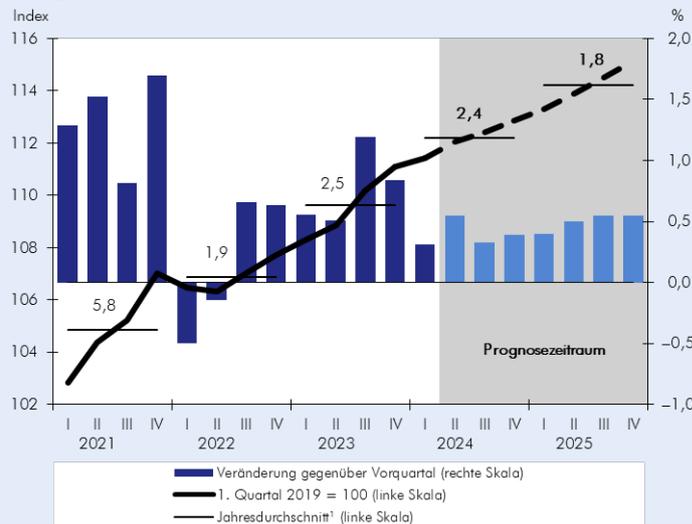
	2022	2023	2024	2025
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
reales Bruttoinlandsprodukt	1,9	2,5	2,4	1,8
privater Konsum	2,5	2,2	2,3	1,8
Staatskonsum und -investitionen	-0,9	4,1	1,8	1,5
private Bruttoanlageinvestitionen	4,8	-1,2	3,2	2,6
Vorratsveränderungen ¹	0,6	-0,3	0,0	0,0
inländische Verwendung	2,3	1,9	2,4	1,9
Exporte	7,0	2,6	2,4	2,0
Importe	8,6	-1,7	2,6	2,5
Außenbeitrag ¹	-0,5	0,6	-0,1	-0,2
Verbraucherpreise	8,0	4,1	3,1	2,5
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts				
Budgetsaldo ²	-4,0	-8,0	-7,7	-7,7
Leistungsbilanzsaldo	-3,8	-3,0	-3,1	-3,3
in % der Erwerbspersonen				
Arbeitslosenquote	3,6	3,6	4,0	4,0

¹ Wachstumsbeitrag. – ² Gesamtstaat.

Quellen: Bureau of Economic Analysis; Bureau of Labor Statistics; IWF; 2024 und 2025: Prognose des IWH.

Abbildung A1
Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA

Saisonbereinigter Verlauf



¹ Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Bureau of Economic Analysis; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 2. Quartal 2024: Prognose des IWH.

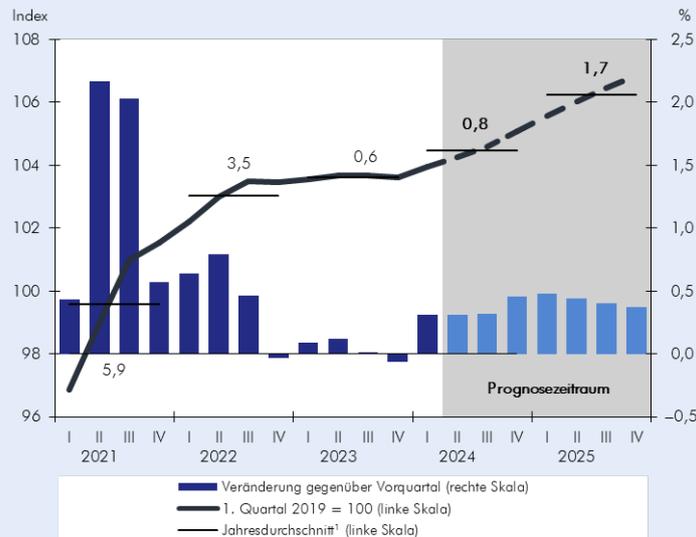
Tabelle A3
Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euroraum

	2022	2023	2024	2025
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
reales Bruttoinlandsprodukt	3,4	0,6	0,8	1,7
privater Konsum	4,2	0,6	1,1	2,2
öffentlicher Konsum	1,6	1,0	1,2	1,1
Bruttoanlageinvestitionen	2,5	1,5	0,5	3,0
inländische Verwendung	3,6	0,3	0,5	2,2
Exporte ¹	7,1	-0,6	1,6	4,8
Importe ¹	7,8	-1,2	0,7	4,8
Außenbeitrag ²	0,0	0,3	0,5	-0,3
Verbraucherpreise ³	8,4	5,5	2,4	2,0
% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt				
Budgetsaldo ⁴	-3,7	-3,6	-2,9	-2,7
Leistungsbilanzsaldo	-0,6	1,6	3,0	3,1
in % der Erwerbspersonen				
Arbeitslosenquote ⁵	6,7	6,5	6,5	6,3

¹ Einschließlich Intrahandel. – ² Wachstumsbeitrag. – ³ Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – ⁴ Gesamtstaatlich. – ⁵ Standardisiert.

Quellen: Eurostat; Europäische Kommission, ILO; Berechnungen des IWH; 2024 und 2025: Prognose des IWH.

Abbildung A2
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum
Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



¹ Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Eurostat; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 2. Quartal 2024: Prognose des IWH.

Tabelle A4**Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in Europa**

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt ¹				Verbraucherpreise ²				Arbeitslosenquote ³			
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %								in %			
		2022	2023	2024	2025	2022	2023	2024	2025	2022	2023	2024	2025
Deutschland	24,4	1,9	0,0	0,3	1,6	8,6	6,1	2,3	1,9	3,1	3,0	3,2	3,1
Frankreich	16,6	2,6	1,1	0,8	1,4	5,9	5,7	2,5	1,9	7,3	7,3	7,4	7,4
Italien	12,3	4,1	1,0	0,9	1,1	8,7	6,0	1,3	1,8	8,1	7,7	7,2	6,9
Spanien	8,5	5,8	2,5	2,2	1,9	8,3	3,4	3,1	2,2	13,0	12,2	11,7	11,3
Niederlande	6,0	4,4	0,2	0,7	2,0	11,6	4,2	2,8	2,2	3,5	3,5	3,5	3,3
Belgien	3,5	3,0	1,4	1,2	1,3	10,3	2,3	4,0	2,9	5,6	5,5	5,5	5,3
Irland	3,2	9,6	-3,3	-0,8	4,3	8,1	5,2	2,0	1,8	4,5	4,3	4,3	4,1
Österreich	2,8	4,9	-0,7	0,3	1,8	8,6	7,8	3,1	2,3	4,8	5,1	4,9	4,9
Finnland	1,7	1,3	-1,0	-0,2	1,8	7,2	4,4	0,7	1,8	6,8	7,2	8,1	8,0
Portugal	1,5	6,8	2,3	1,9	1,9	8,1	5,3	3,0	2,6	6,2	6,6	6,5	6,2
Griechenland	1,3	5,7	2,0	1,7	2,3	9,3	4,2	2,5	2,1	12,5	11,1	10,8	9,9
Slowakei	0,7	1,9	1,6	2,4	2,8	12,1	11,1	2,4	2,1	6,2	5,9	5,6	5,3
Luxemburg	0,5	1,4	-1,1	0,7	2,1	8,1	3,0	2,4	2,1	4,6	5,2	5,6	5,5
Kroatien	0,4	7,0	3,1	3,6	2,8	10,7	8,5	3,9	2,8	6,7	6,1	5,4	5,0
Litauen	0,4	2,4	-0,3	2,0	2,7	18,8	9,0	1,0	2,5	6,0	6,9	7,4	7,2
Slowenien	0,4	2,9	1,8	2,0	2,7	9,3	7,3	2,5	2,4	4,0	3,7	3,8	3,7
Lettland	0,2	3,1	0,0	2,1	2,7	17,1	9,5	2,0	2,5	6,9	6,5	6,8	6,6
Estland	0,2	-0,5	-3,1	-0,5	2,8	19,4	9,4	3,2	2,6	5,6	6,4	7,7	7,4
Zypern	0,2	5,1	2,5	4,1	3,2	8,1	4,0	2,2	2,2	6,8	6,1	4,8	4,0
Malta	0,1	8,1	5,7	4,1	3,4	6,1	5,6	2,4	2,2	3,5	3,1	2,9	2,8
Euroraum insgesamt	84,9	3,5	0,6	0,8	1,7	8,4	5,5	2,4	2,0	6,8	6,5	6,5	6,3
Euroraum ohne Deutschland	60,5	4,2	0,9	1,0	1,7	8,4	5,2	2,4	2,1	8,0	7,8	7,6	7,4
Polen	4,1	5,9	0,1	2,4	3,6	13,2	11,0	2,8	2,5	2,9	2,8	2,8	2,8
Schweden	3,5	1,6	0,1	-0,1	1,9	8,0	6,0	2,2	1,9	7,5	7,7	8,5	8,0
Dänemark	2,4	2,7	1,9	0,9	2,6	8,5	3,4	1,1	1,7	4,5	5,1	5,6	5,2
Rumänien	1,8	4,1	2,1	2,4	3,6	12,0	9,8	5,7	4,0	5,6	5,6	5,3	5,2
Tschechien	1,7	2,4	-0,2	1,3	2,8	14,8	12,1	2,6	2,3	2,4	2,6	2,8	2,8
Ungarn	1,1	4,6	-0,7	2,3	3,3	15,2	17,5	4,0	3,3	3,6	4,0	4,3	4,1
Bulgarien	0,5	4,2	2,0	2,0	3,1	13,0	8,7	3,1	2,7	4,2	4,3	4,4	3,8
EU 27 ⁴	100,0	3,5	0,6	0,9	1,9	8,9	6,0	2,4	2,1	6,1	6,0	6,0	5,8
MOE-Länder ⁵	11,6	4,3	0,5	2,2	3,3	13,6	11,1	3,3	2,8	4,0	4,0	4,0	3,9

¹ Die Zuwachsraten sind um Kalendereffekte bereinigt.² Harmonisierter Verbraucherpreisindex.³ Standardisiert.⁴ Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2022 in US-Dollar. Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2022.⁵ Mittel- und osteuropäische Länder: Slowakei, Kroatien, Litauen, Slowenien, Lettland, Estland, Polen, Rumänien, Tschechien, Ungarn, Bulgarien.

Quellen: Eurostat; IWF; ILO; Berechnungen des IWH; 2024 und 2025: Prognose des IWH.

Tabelle A5**Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung¹**

Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal

	2023				2024				2025			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
private Konsumausgaben	-0,7	0,3	0,0	0,4	-0,4	0,6	0,3	0,4	0,5	0,5	0,4	0,3
öffentlicher Konsum	-1,3	0,1	1,4	0,6	-0,4	0,7	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Bauten	1,5	-0,5	-0,7	-1,9	2,7	-1,4	-1,2	0,0	0,3	0,3	0,4	0,4
Ausrüstungen	1,9	0,7	1,4	-4,0	-0,2	0,3	1,0	1,0	1,1	1,2	1,3	1,4
sonstige Anlagen	-1,6	0,0	0,3	0,7	-1,1	-0,2	0,7	0,5	0,5	0,5	0,7	0,7
Vorratsinvestitionen ²	-0,1	0,2	-0,6	-0,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
inländische Verwendung	-0,5	0,4	-0,3	-0,8	0,0	0,3	0,1	0,4	0,5	0,5	0,4	0,3
Außenbeitrag ²	0,8	-0,4	0,4	0,3	0,3	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	-0,1	-0,1
Exporte	0,5	-0,7	-0,9	-0,9	1,1	0,9	0,8	0,8	0,9	0,9	0,9	0,9
Importe	-1,1	0,2	-1,8	-1,6	0,6	1,0	0,8	0,7	0,9	1,0	1,2	1,2
Bruttoinlandsprodukt	0,3	-0,1	0,1	-0,5	0,2	0,3	0,2	0,5	0,5	0,4	0,3	0,2

¹ Saison- und arbeitstäglich bereinigte Werte; in Vorjahrespreisen. – ² Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten (Lundberg-Komponenten).

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2. Quartal 2024: Prognose des IWH.

Tabelle A6**Beiträge der Verwendungskomponenten zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts¹**

In Prozentpunkten

	2022	2023	2024	2025
Konsumausgaben	2,3	-0,6	0,7	1,1
private Konsumausgaben	1,9	-0,4	0,4	0,8
Konsumausgaben des Staates	0,3	-0,2	0,3	0,3
Bruttoanlageinvestitionen	0,0	-0,2	-0,2	0,3
Bauten	-0,2	-0,3	-0,1	0,0
Ausrüstungen	0,3	0,2	-0,1	0,3
sonstige Anlagen	0,0	0,0	0,0	0,1
Vorratsveränderung	0,7	-0,3	-0,7	0,0
inländische Verwendung	3,0	-1,0	-0,3	1,4
Außenbeitrag	-1,2	0,8	0,5	0,0
Exporte	1,6	-0,3	0,4	1,6
Importe	-2,8	1,2	0,1	-1,6
Bruttoinlandsprodukt	1,8	-0,2	0,3	1,5

¹ Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2024 und 2025: Prognose des IWH.

Tabelle A7**Statistische Komponenten der BIP-Wachstumsrate**

In % bzw. Prozentpunkten

	2022	2023	2024	2025
statistischer Überhang ¹	0,9	-0,2	-0,3	0,5
Jahresverlaufsrate ²	0,8	-0,2	1,2	1,5
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderbereinigt	1,9	0,0	0,3	1,6
Kalendereffekt ³	-0,1	-0,2	0,0	0,0
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderjährlich ⁴	1,8	-0,2	0,3	1,5

¹ Saison- und kalenderbereinigtes reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum kalenderbereinigten Quartalsdurchschnitt des Vorjahres. – ² Jahresveränderungsrate im vierten Quartal, saison- und kalenderbereinigt. – ³ In % des realen BIP. – ⁴ Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; 2024 und 2025: Prognose des IWH.

Tabelle A8**Erwerbstätigkeit nach Beschäftigtengruppen in Deutschland 2023 und 2024**

	2023	2024 ¹	Veränderung in	
			1 000 Personen	%
Arbeitnehmer (Inland)	42 053	42 151	98	0,2
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	34 790	34 885	95	0,3
Geförderte ²	100	90	-10	-10,0
nicht geförderte	34 690	34 795	105	0,3
ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte	4 197	4 204	6	0,2
sonstige	3 066	3 062	-45	-0,1
Selbstständige einschließlich mithelfender Familienangehöriger	3 879	3 847	-32	-0,8
geförderte Selbstständigkeit ³	2	2	0	-10,0
nicht geförderte Selbstständigkeit	3 877	3 845	-31	-0,8
Erwerbstätige (Inland)	45 932	45 998	66	0,1
staatlich subventionierte Erwerbstätige	294	327	33	11,3
geförderte Erwerbstätige ⁴	102	92	-10	-10,0
Kurzarbeit	192	235	43	22,7
ungeförderte Erwerbstätigkeit	45 638	45 671	33	0,1
<i>nachrichtlich:</i> Anteil der staatlich subventionierten Erwerbstätigen an den Erwerbstätigen (Inland) in %	0,6	0,7		

¹ Prognose des IWH. – ² Eingliederungszuschüsse (einschl. für Schwerbehinderte); Einstiegsgeld bei abhängiger SV-pflichtiger Erwerbstätigkeit; Beschäftigungszuschuss; ESF Bundesprogramm zur Eingliederung langzeitarbeitsloser Leistungsberechtigter; Eingliederung von Langzeitarbeitslosen (§16 e SGB II); Teilhabe am Arbeitsmarkt; Förderung von Arbeitsverhältnissen. – ³ ohne Gründungszuschuss – ⁴ Geförderte sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sowie geförderte Selbstständige.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen bzw. Schätzungen des IWH.

Tabelle A9**Indikatoren zur Außenwirtschaft**

	2022	2023	2024	2025
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Exporte, real	3,3	-0,7	0,9	3,4
Importe, real	6,6	-2,4	-0,3	3,7
	% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt			
Exporte, nominal	50,9	47,9	47,2	48,0
Importe, nominal	49,0	43,3	41,7	42,5
	Außenbeitrag			
Mrd. Euro, nominal	76,3	186,9	236,5	239,9

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2024 und 2025: Prognose des IWH.

Tabelle A10**Reale Anlageinvestitionen in Deutschland**

Veränderung gegenüber Vorjahr in %

	2022	2023	2024	2025
Anlageinvestitionen insgesamt	0,1	-0,7	-1,0	1,4
Bauinvestitionen insgesamt	-1,8	-2,7	-1,0	-0,4
Wohnbauten	-2,2	-3,4	-2,4	-1,4
Nichtwohnbauten insgesamt	-1,1	-1,5	1,3	1,2
gewerbliche Bauten	-1,6	-2,6	-0,2	1,5
öffentliche Bauten	-0,1	0,8	4,6	0,6
Ausrüstungen	4,0	2,8	-1,6	4,3
Sonstige Anlagen	-0,7	-0,6	-0,2	2,1

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2024 und 2025: Prognose des IWH.

Tabelle A11**Verfügbares Einkommen und Konsumausgaben der privaten Haushalte¹ in Deutschland**

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2022	2023	2024	2025
verfügbares Einkommen, nominal	6,3	6,0	4,0	2,5
<i>darunter:</i>				
Nettolöhne und -gehälter (Summe)	5,3	9,0	4,1	1,2
monetäre Sozialleistungen	1,7	6,6	5,3	5,1
Selbständigen-, Vermögenseinkommen	10,8	1,2	2,6	2,5
Sparen	-20,7	7,5	10,1	-5,0
private Konsumausgaben, nominal	10,9	5,6	3,1	3,5
<i>nachrichtlich:</i>				
Bruttolöhne und -gehälter (Summe)	5,8	7,1	5,2	2,8
Sparquote (in %)	11,1	11,3	12,0	11,1
Preisindex des privaten Konsums	6,7	6,4	2,4	1,8
private Konsumausgaben, real	3,9	-0,7	0,7	1,7

¹ Einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2024 und 2025: Prognose des IWH.

Tabelle A12**Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹**

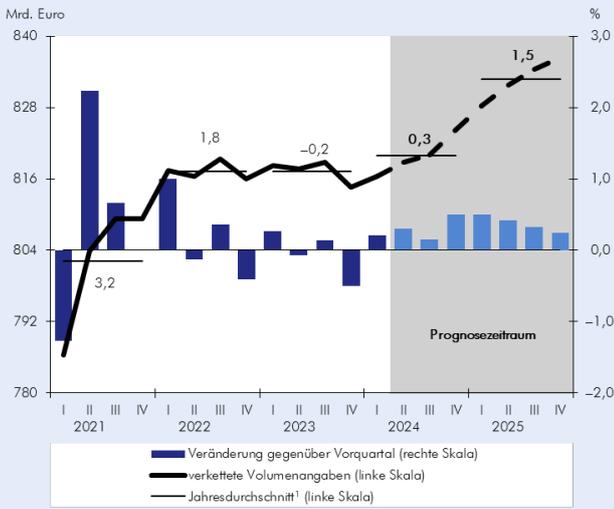
Veränderungsrate gegenüber dem Vorquartal in %

	2023				2024			
	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal
Bruttoinlandsprodukt	0,3	-0,1	0,1	-0,5	0,2	0,3	0,2	0,5
<i>darunter</i>								
Bruttowertschöpfung	0,4	-0,1	0,1	-0,5	0,3	0,2	0,2	0,5
<i>darunter</i>								
Produzierendes Gewerbe ohne Bau	0,4	-0,6	-1,5	-0,7	-0,4	0,3	0,2	0,6
Verarbeitendes Gewerbe	0,7	0,0	-1,1	-1,7	0,2	0,3	0,3	0,6
Energie- und Wasserversorgung	-1,0	-4,3	-4,3	6,6	-4,6	0,2	-0,2	0,5
Baugewerbe	3,2	0,1	0,0	-2,0	2,5	-0,8	-1,1	0,6
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	-0,8	0,0	1,3	-1,3	0,4	0,6	0,3	0,6
Information und Kommunikation	0,0	1,8	1,0	0,2	-0,9	0,4	0,5	0,5
Finanz- und Versicherungsdienstleister	-2,7	-0,7	0,8	-0,9	-0,2	0,2	0,2	0,1
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,9	0,3	0,8	-0,6	0,7	0,1	0,1	0,2
Unternehmensdienstleister	-0,1	0,4	0,3	0,5	-0,4	0,4	0,4	0,6
öffentliche Dienstleister	1,2	-0,5	0,1	0,2	1,1	0,3	0,2	0,4
sonstige Dienstleister	2,7	0,2	1,2	-0,4	0,9	0,3	0,3	0,3

¹ Verkettete Volumina, saison- und kalenderbereinigt.

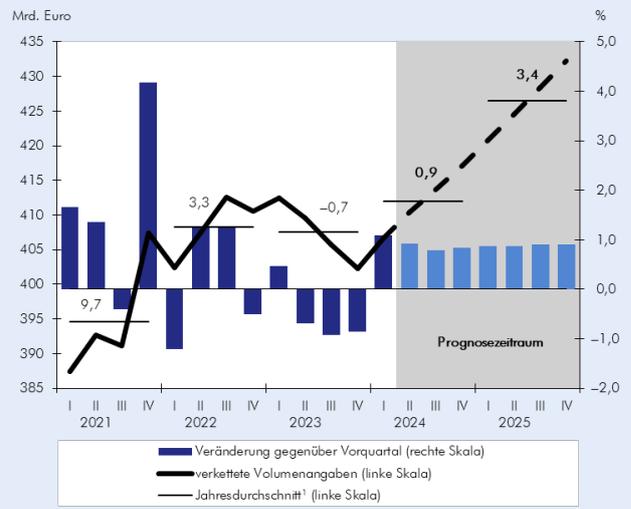
Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2. Quartal 2024: Prognose des IWH.

Abbildung A3
Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland
 Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



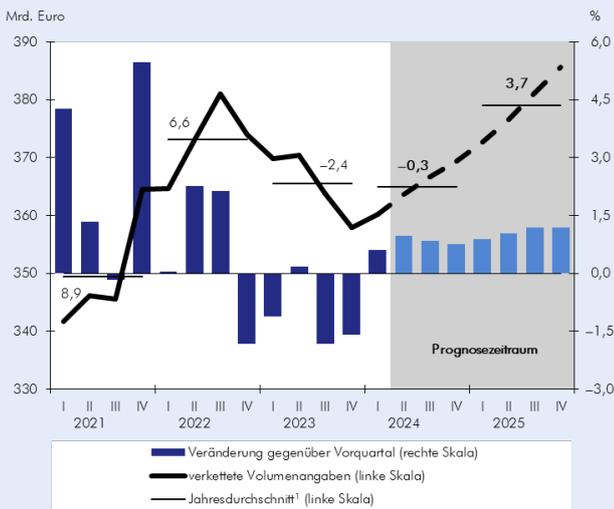
¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.
 Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH;
 ab 2. Quartal 2024: Prognose des IWH.

Abbildung A4
Reale Exporte
 Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



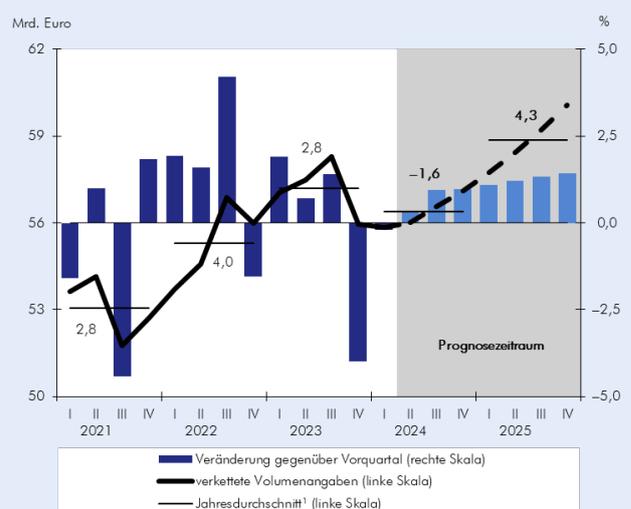
¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.
 Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH;
 ab 2. Quartal 2024: Prognose des IWH.

Abbildung A5
Reale Importe
 Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.
 Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH;
 ab 2. Quartal 2024: Prognose des IWH.

Abbildung A6
Reale Investitionen in Ausrüstungen
 Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

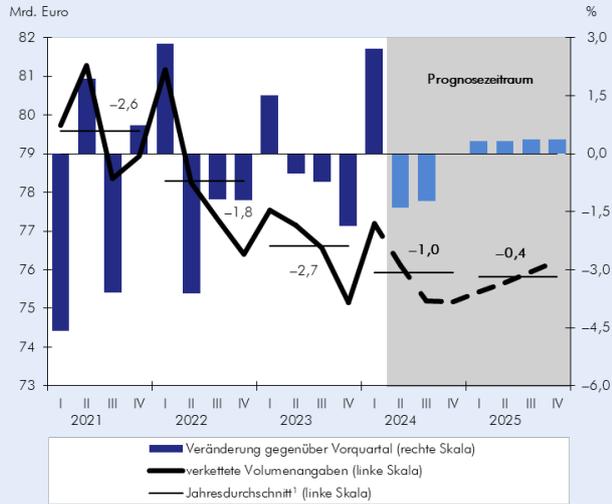


¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.
 Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH;
 ab 2. Quartal 2024: Prognose des IWH.

Abbildung A7

Reale Bauinvestitionen

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



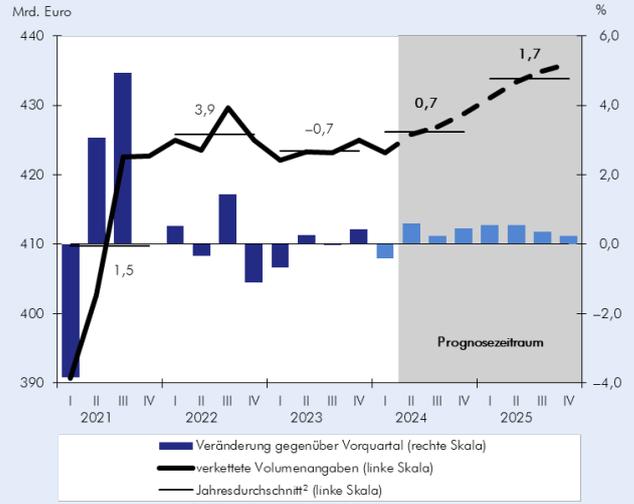
¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 2. Quartal 2024: Prognose des IWH.

Abbildung A8

Reale Konsumausgaben der privaten Haushalte¹

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



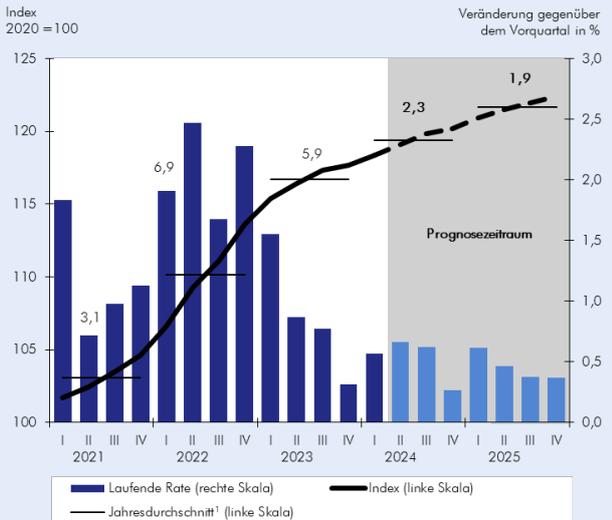
¹ Einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck. – ² Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 2. Quartal 2024: Prognose des IWH.

Abbildung A9

Verbraucherpreise in Deutschland

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



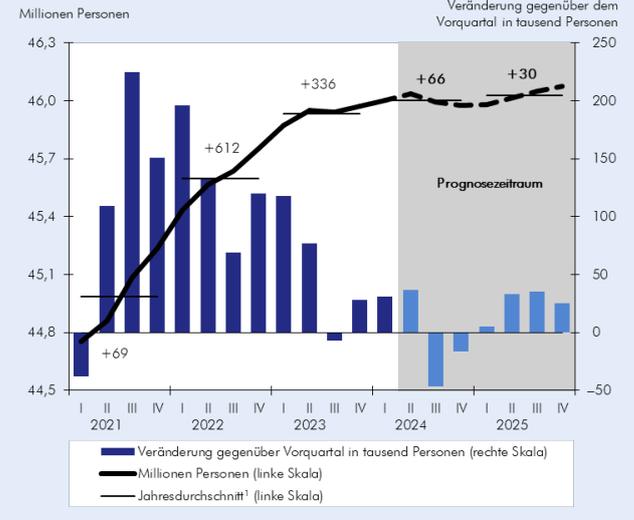
¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 2. Quartal 2024: Prognose des IWH.

Abbildung A10

Erwerbstätige

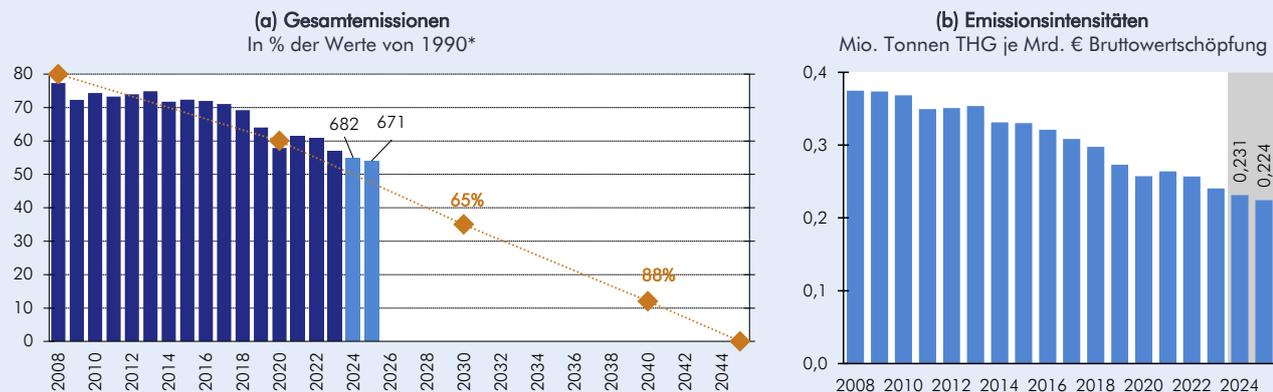
Inlandskonzept, saisonbereinigter Verlauf



¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in tausend Personen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 2. Quartal 2024: Prognose des IWH.

Abbildung A11
Jährliche Treibhausgas-Emissionen 2008 bis 2025



Anmerkung: Prognose der Treibhausgasemissionen auf Basis der Wertschöpfung und der jeweiligen Emissionsintensitäten in den Wirtschaftsbereichen, vgl. dazu *Arbeitskreis Konjunktur des IWH: Preisschock gefährdet Erholung der deutschen Wirtschaft*, in: *Konjunktur aktuell*, Jg. 10 (1), 2022, 14.

*Aktuelle (dunkelblaue Balken) und erwartete (hellblaue Balken) Treibhausgasemissionen als Prozentsatz der Werte von 1990 (Zahlenangaben: Mill. Tonnen, CO₂-äquivalent); die braunen Punkte stellen eine 20%-Reduzierung im Jahr 2008 gegenüber 1990 da (Kyoto-Protokoll-Ziel) sowie die Referenzwerte gemäß Klimaschutzgesetz (KSG), §3 Nationale Klimaschutzziele.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Klimaschutzgesetz (2021) der Bundesregierung; Umweltbundesamt; Berechnungen und Prognose des IWH.

Tabelle A13**Änderung von Steuern, Sozialabgaben und Staatsausgaben durch diskretionäre Maßnahmen¹**

Haushaltsentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (-), in Mrd. Euro gegenüber Vorjahr

	2024	2025
Einnahmen der Gebietskörperschaften		
Alterseinkünftegesetz	-1,5	-1,5
Zukunftsfinanzierungsgesetz	-0,6	-0,3
Wachstumschancengesetz	-1,0	-2,5
Änderungen bei der Tabaksteuer	0,0	0,9
Temporäre Senkung der Stromsteuer	-3,3	0,0
Wegfall des Spitzenausgleichs bei der Stromsteuer	1,5	0,0
Inflationsausgleichsgesetz: Änderungen beim Einkommensteuertarif	-14,7	-2,8
Weitere Erhöhung des Grundfreibetrags bei der Einkommensteuer	-2,0	0,0
Inflationsausgleichsprämie	4,0	2,0
Ausgleich kalte Progression 2025		-4,0
Anhebung der Luftverkehrsabgabe	0,7	0,0
Auslaufen der temporären Senkung der Umsatzsteuer in der Gastronomie und auf Erdgas	6,5	0,8
BMF-Schreiben zur Nutzungsdauer von Computer-Hardware und Software	2,3	1,9
Jahressteuergesetz 2022	0,3	1,0
Jahressteuergesetz 2024	-0,4	0,3
sonstige steuerliche Maßnahmen ²	-0,6	-0,5
Einnahmen aus CO ₂ -Bepreisung (BEHG)	4,4	4,0
Streichung der Steuererstattung für Agrardiesel		0,3
Anhebung der LKW-Maut	6,3	0,2
Einnahmen der Sozialversicherungen		
Anstieg des durchschnittlichen Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung zum 1. Januar 2024 um 0,2 Prozentpunkte und zum 1. Januar 2025 um 0,3 Prozentpunkte	2,5	4,0
Erhöhung des Beitragszuschlags zur gesetzlichen Pflegeversicherung um 0,35 Prozentpunkte (für Kinderlose um 0,6 Prozentpunkte) zum 1. Juli 2023 und um 0,2 Prozentpunkte zum 1. Januar 2025	3,3	2,7
Inflationsausgleichsprämie	4,0	4,5
Ausgaben der Gebietskörperschaften		
Ausgaben des Klima- und Transformationsfonds	-15,0	7,0
Zusätzliche Verteidigungsausgaben	-6,0	-6,0
Zusätzliche Mittel für die Verkehrsinfrastruktur	-2,0	-3,0
Zusätzliche Mittel für den sozialen Wohnungsbau	-1,8	0,0
Einmalzahlung an Studierende 2023	0,7	0,0
Inflationsausgleichsgesetz: Anhebung des Kindergeldes	1,5	0,4
Unternehmenshilfen im Zusammenhang mit dem Energiepreisanstieg	3,0	0,0
Strom- und Gaspreisbremse, Stabilisierung Übertragungsnetzentgelte, Härtefallregelungen	33,0	0,0
49-Euro-Ticket	-1,0	0,0
Zusätzliche Mittel für Hochschulen	-0,3	0,0
Startchancenprogramm für Schulen	-0,5	-0,5
Hilfen für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen	2,5	0,0
Einführung Bürgergeld zum 1. Januar 2023	-0,2	0,0
Änderungen beim BAföG	-0,1	-0,2
Kindergrundsicherung ab 1. Januar 2025		-2,0
Kürzungen bei der Förderung des ländlichen Raums, der Digitalisierung und beim Elterngeld	1,1	0,2
Corona-Maßnahmen	3,0	0,0
Ausgaben der Sozialversicherungen		
GKV-Finanzstabilisierungsgesetz	0,3	0,0
Krankenhausreform	-0,5	-0,4
Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz	-0,3	0,0
Grundrente	-0,2	-0,1
Anpassung der Renten Ost	-0,4	0,0
Pflegepersonal-Stärkungsgesetz und Pflegereform	-0,3	-0,8
insgesamt (Mrd. Euro gegenüber Vorjahr)³	28,2	5,6
insgesamt gegenüber Vorjahr (in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in %)	0,7	0,1

¹ Ohne makroökonomische Rückwirkungen; ohne Berücksichtigung der Stützungsmaßnahmen für Finanzinstitute und Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWU). – ² Reform der Investmentbesteuerung, Weiterentwicklung der steuerlichen Verlustverrechnung bei Körperschaften, Änderungen beim Rennwett- und Lotteriesteuergesetz, Fondsstandortgesetz, steuerliche Förderung des Mietwohnungsneubaus, Jahressteuergesetz 2020, Erhöhung der Behinderten-Pauschbeträge und Anpassung weiterer steuerlicher Regelungen. – ³ Differenzen durch Rundungsfehler.

Quellen: Bundesregierung; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

Tabelle A14
Hauptaggregate der Sektoren
Jahresergebnisse 2023
in Mrd. Euro

		gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	3 767,9	2 583,9	429,9	754,1	–
2	– Abschreibungen	847,6	471,4	111,0	265,3	–
3	= Nettowertschöpfung ¹	2 920,3	2 112,5	319,0	488,8	–186,9
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 155,5	1 560,1	328,0	267,5	18,6
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	43,0	32,4	0,3	10,3	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	34,1	31,8	0,2	2,1	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	755,8	551,8	–9,1	213,1	–205,4
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 159,4	–	–	2 159,4	14,7
9	– geleistete Subventionen	66,4	–	66,4	–	4,0
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	425,2	–	425,2	–	8,4
11	– geleistete Vermögenseinkommen	891,1	814,7	36,2	40,2	339,2
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	1 057,3	578,7	30,9	447,6	173,1
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 440,2	315,8	344,4	2 779,9	–352,4
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	519,4	128,5	–	390,9	14,5
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	533,3	–	533,3	–	0,6
16	– geleistete Nettosozialbeiträge ²	859,5	–	–	859,5	4,9
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge ²	859,8	149,5	709,4	0,9	4,7
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	742,4	78,8	662,7	0,9	0,7
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	734,0	–	–	734,0	9,0
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	442,7	249,9	92,3	100,5	85,6
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	384,7	221,4	31,3	132,0	143,5
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 388,0	229,5	863,4	2 295,0	–300,2
23	– Konsumausgaben	2 982,0	–	891,5	2 090,6	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–62,4	–	62,4	–
25	= Sparen	405,9	167,1	–28,1	266,9	–300,2
26	– geleistete Vermögenstransfers	135,1	23,2	96,1	15,8	7,6
27	+ empfangene Vermögenstransfers	118,3	71,2	20,0	27,1	24,4
28	– Bruttoinvestitionen	953,3	549,2	106,7	297,4	–
29	+ Abschreibungen	847,6	471,4	111,0	265,3	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	19,1	19,4	–0,7	0,4	–19,1
31	= Finanzierungssaldo	264,4	117,9	–99,1	245,6	–264,4
	<i>nachrichtlich:</i>					
32	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 388,0	229,5	863,4	2 295,0	–300,2
33	– geleistete soziale Sachtransfers	551,3	–	551,3	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	551,3	–	–	551,3	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 388,0	229,5	312,1	2 846,4	–300,2
36	– Konsum ³	2 982,0	–	340,1	2 641,9	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–62,4	–	62,4	–
38	= Sparen	405,9	167,1	–28,1	266,9	–300,2

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt.

noch: Hauptaggregate der Sektoren
 Jahresergebnisse 2024

in Mrd. Euro

		gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	3 851,8	2 613,8	457,0	781,0	–
2	– Abschreibungen	870,4	481,5	117,4	271,5	–
3	= Nettowertschöpfung ¹	2 981,4	2 132,3	339,6	509,5	–236,5
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 270,4	1 639,6	349,5	281,4	20,0
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	47,7	35,9	0,3	11,4	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	40,5	37,3	0,2	3,0	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	703,8	494,1	–10,0	219,7	–256,5
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 275,2	–	–	2 275,2	15,3
9	– geleistete Subventionen	38,3	–	38,3	–	4,3
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	448,1	–	448,1	–	8,5
11	– geleistete Vermögenseinkommen	776,0	693,2	43,4	39,4	384,9
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	942,5	451,1	34,9	456,5	218,5
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 555,3	252,0	391,4	2 912,0	–403,5
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	541,1	128,1	–	413,0	15,2
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	555,7	–	555,7	–	0,6
16	– geleistete Nettosozialbeiträge ²	910,6	–	–	910,6	5,2
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge ²	911,0	155,0	755,2	0,9	4,7
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	781,2	80,9	699,5	0,9	0,7
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	772,8	–	–	772,8	9,2
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	471,3	272,0	91,4	107,9	98,5
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	411,2	243,5	34,4	133,2	158,6
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 501,8	169,5	945,9	2 386,4	–350,0
23	– Konsumausgaben	3 087,8	–	932,3	2 155,6	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–63,1	–	63,1	–
25	= Sparen	414,0	106,4	13,6	293,9	–350,0
26	– geleistete Vermögenstransfers	118,7	10,0	92,3	16,4	7,0
27	+ empfangene Vermögenstransfers	102,9	58,7	20,8	23,5	22,8
28	– Bruttoinvestitionen	934,3	519,1	119,4	295,8	–
29	+ Abschreibungen	870,4	481,5	117,4	271,5	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	15,3	15,4	–0,9	0,9	–15,3
31	= Finanzierungssaldo	318,9	102,1	–59,1	275,9	–318,9
	<i>nachrichtlich:</i>					
32	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 501,8	169,5	945,9	2 386,4	–350,0
33	– geleistete soziale Sachtransfers	573,9	–	573,9	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	573,9	–	–	573,9	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 501,8	169,5	372,0	2 960,3	–350,0
36	– Konsum ³	3 087,8	–	358,4	2 729,5	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–63,1	–	63,1	–
38	= Sparen	414,0	106,4	13,6	293,9	–350,0

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2024 und 2025: Prognose des IWH.

noch: Hauptaggregate der Sektoren

Jahresergebnisse 2025

in Mrd. Euro

		gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	3 970,4	2 695,5	478,1	796,8	–
2	– Abschreibungen	889,4	489,2	124,1	276,1	–
3	= Nettowertschöpfung ¹	3 081,0	2 206,2	354,0	520,8	–239,9
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 343,8	1 688,9	365,0	289,9	21,0
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	53,1	39,9	0,3	12,9	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	38,5	34,6	0,2	3,7	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	722,5	512,1	–11,2	221,7	–260,9
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 348,9	–	–	2 348,9	16,0
9	– geleistete Subventionen	36,1	–	36,1	–	4,3
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	465,7	–	465,7	–	8,5
11	– geleistete Vermögenseinkommen	633,1	550,6	46,3	36,2	432,7
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	804,6	301,3	36,2	467,1	261,3
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 672,4	262,8	408,2	3 001,4	–412,2
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	570,3	133,1	–	437,2	16,0
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	585,6	–	585,6	–	0,6
16	– geleistete Nettosozialbeiträge ²	958,5	–	–	958,5	5,4
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge ²	959,2	160,4	797,9	0,9	4,7
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	820,9	83,2	736,8	0,9	0,7
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	812,3	–	–	812,3	9,3
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	500,2	289,2	103,4	107,6	116,8
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	440,8	269,0	36,0	135,8	176,1
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 620,5	186,7	987,5	2 446,2	–360,2
23	– Konsumausgaben	3 200,2	–	969,4	2 230,8	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–63,7	–	63,7	10,0
25	= Sparen	420,2	123,0	18,1	279,1	–360,2
26	– geleistete Vermögenstransfers	119,1	8,0	94,2	16,9	6,5
27	+ empfangene Vermögenstransfers	103,3	58,4	21,5	23,4	22,3
28	– Bruttoinvestitionen	949,4	528,5	128,1	292,9	–
29	+ Abschreibungen	889,4	489,2	124,1	276,1	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	15,3	13,6	–0,9	2,6	–15,3
31	= Finanzierungssaldo	329,0	120,5	–57,6	266,2	–329,0
	<i>nachrichtlich:</i>					
32	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 620,5	186,7	987,5	2 446,2	–360,2
33	– geleistete soziale Sachtransfers	602,2	–	602,2	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	602,2	–	–	602,2	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 620,5	186,7	385,2	3 048,5	–360,2
36	– Konsum ³	3 200,2	–	367,2	2 833,1	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–63,7	–	63,7	–
38	= Sparen	420,2	123,0	18,1	279,1	–360,2

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2024 und 2025: Prognose des IWH.

Tabelle A15

VGR-Tabellen

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2024 und 2025

	2023	2024	2025	2024		2025	
				1 Hj	2 Hj	1 Hj	2 Hj
1 Entstehung des Inlandsprodukts							
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Erwerbstätige	0,7	0,1	0,1	0,2	0,0	0,0	0,2
Arbeitsvolumen	0,4	-0,5	0,2	-0,5	-0,6	-0,9	1,3
Arbeitsstunden je Erwerbstätige	-0,3	-0,7	0,1	-0,7	-0,7	-0,9	1,1
Produktivität ¹	-0,6	0,8	1,2	0,2	1,4	2,1	0,4
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	-0,2	0,3	1,5	-0,2	0,8	1,2	1,7
2 Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen							
a) Mrd. EUR							
Konsumausgaben	2 982,0	3 087,8	3 200,2	1 506,0	1 581,8	1 561,4	1 638,9
private Haushalte ²	2 090,6	2 155,6	2 230,8	1 052,5	1 103,1	1 089,0	1 141,9
Staat	891,5	932,3	969,4	453,6	478,7	472,4	497,0
Anlageinvestitionen	903,1	910,5	932,3	444,5	466,0	448,2	484,1
Ausrüstungen	486,0	489,7	490,2	245,2	244,5	240,5	249,7
Bauten	275,1	276,4	293,2	131,4	144,9	137,9	155,3
Ausrüstungen	141,9	144,4	149,0	67,8	76,6	69,8	79,2
Vorratsveränderung ³	50,2	23,8	17,1	11,4	12,4	8,6	8,5
inländische Verwendung	3 935,3	4 022,2	4 149,7	1 961,9	2 060,2	2 018,3	2 131,4
Außenbeitrag	186,9	236,5	239,9	132,2	104,3	134,8	105,1
Exporte	1 973,3	2 010,5	2 107,3	995,4	1 015,1	1 037,7	1 069,6
Importe	1 786,4	1 774,0	1 867,4	863,2	910,8	902,9	964,5
Bruttoinlandsprodukt	4 122,2	4 258,7	4 389,6	2 094,1	2 164,5	2 153,0	2 236,6
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Konsumausgaben	5,4	3,5	3,6	3,9	3,2	3,7	3,6
private Haushalte ²	5,6	3,1	3,5	3,0	3,2	3,5	3,5
Staat	4,8	4,6	4,0	6,0	3,2	4,2	3,8
Anlageinvestitionen	5,5	0,8	2,4	0,4	1,2	0,8	3,9
Bauten	4,9	0,8	0,1	0,9	0,6	-1,9	2,1
Ausrüstungen	8,6	0,5	6,1	-0,8	1,6	4,9	7,1
sonstige Anlageinvestitionen	1,9	1,8	3,1	1,1	2,4	2,9	3,4
Inländische Verwendung	3,5	2,2	3,2	2,0	2,4	2,9	3,5
Exporte	0,0	1,9	4,8	-0,3	4,1	4,2	5,4
Importe	-5,9	-0,7	5,3	-4,1	2,7	4,6	5,9
Bruttoinlandsprodukt	6,3	3,3	3,1	3,6	3,1	2,8	3,3
nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP:							
Außenbeitrag	4,5	5,6	5,5	6,3	4,8	6,3	4,7
3 Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2015)							
a) Mrd. EUR							
Konsumausgaben	2 398,3	2 421,1	2 459,4	1 191,4	1 229,7	1 209,4	1 250,0
private Haushalte ²	1 693,2	1 705,0	1 733,2	837,5	867,5	850,2	883,1
Staat	703,9	714,8	725,0	353,2	361,6	358,6	366,4
Anlageinvestitionen	656,8	650,1	659,4	317,5	332,5	317,6	341,8
Bauten	306,1	303,2	302,1	151,7	151,4	148,5	153,6
Ausrüstungen	228,7	225,0	234,7	107,1	117,9	110,4	124,2
sonstige Anlageinvestitionen	123,9	123,7	126,3	58,3	65,4	59,3	66,9
inländische Verwendung	3 094,1	3 085,2	3 131,4	1 515,1	1 570,2	1 532,4	1 599,0
Exporte	1 629,5	1 644,1	1 699,8	817,4	826,7	841,0	858,9
Importe	1 461,6	1 457,7	1 512,3	712,6	745,1	734,1	778,2
Bruttoinlandsprodukt	3 268,6	3 277,4	3 325,0	1 622,2	1 655,2	1 641,3	1 683,7
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Konsumausgaben	-0,8	0,9	1,6	0,8	1,1	1,5	1,7
private Haushalte ²	-0,7	0,7	1,7	0,4	1,0	1,5	1,8
Staat	-1,0	1,5	1,4	1,9	1,2	1,5	1,3
Anlageinvestitionen	-0,7	-1,0	1,4	-1,5	-0,5	0,0	2,8
Bauten	-2,7	-1,0	-0,4	-1,1	-0,8	-2,1	1,4
Ausrüstungen	2,8	-1,6	4,3	-3,0	-0,3	3,1	5,4
sonstige Anlageinvestitionen	-0,6	-0,2	2,1	-0,4	0,0	1,7	2,4
inländische Verwendung	-1,1	-0,3	1,5	-0,9	0,4	1,1	1,8
Exporte	-0,7	0,9	3,4	-0,9	2,7	2,9	3,9
Importe	-2,4	-0,3	3,7	-2,6	2,1	3,0	4,4
Bruttoinlandsprodukt	-0,2	0,3	1,5	-0,2	0,8	1,2	1,7

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2024 und 2025

	2023	2024	2025	2024		2025	
				1 Hj	2 Hj	1 Hj	2 Hj

4 Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2015=100)

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

private Konsumausgaben ²	6,4	2,4	1,8	2,6	2,2	1,9	1,7
Konsumausgaben des Staates	5,8	3,0	2,5	4,1	2,0	2,6	2,5
Anlageinvestitionen	6,3	1,9	0,9	2,0	1,8	0,8	1,1
Bauten	7,8	1,7	0,4	2,0	1,4	0,2	0,7
Ausrüstungen	5,7	2,1	1,7	2,3	1,9	1,8	1,7
Exporte	0,6	1,0	1,4	0,6	1,3	1,3	1,4
Importe	-3,6	-0,4	1,5	-1,5	0,7	1,5	1,4
Bruttoinlandsprodukt	6,5	3,0	1,6	3,8	2,3	1,6	1,6

5 Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd. EUR

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2 779,9	2 912,0	3 001,4	1 436,1	1 475,9	1 471,8	1 529,6
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	379,8	403,0	424,5	194,9	208,1	206,0	218,5
Bruttolöhne und -gehälter	1 779,6	1 872,2	1 924,4	898,5	973,7	922,6	1 001,7
übrige Primäreinkommen ⁴	620,5	636,8	652,5	342,7	294,1	343,1	309,4
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	660,2	643,3	671,0	288,5	354,8	304,8	366,2
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3 440,2	3 555,3	3 672,4	1 724,6	1 830,7	1 776,6	1 895,8
Abschreibungen	847,6	870,4	889,4	434,4	435,9	443,1	446,3
Bruttonationaleinkommen	4 287,8	4 425,7	4 561,8	2 159,0	2 266,7	2 219,7	2 342,1
<i>nachrichtlich:</i>							
Volkseinkommen	3 081,4	3 145,5	3 242,8	1 526,1	1 619,3	1 569,2	1 673,6
Arbeitnehmerentgelt	2 159,4	2 275,2	2 348,9	1 093,3	1 181,8	1 128,7	1 220,2
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	921,9	870,3	894,0	432,8	437,5	440,6	453,4

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	5,4	4,8	3,1	5,7	3,9	2,5	3,6
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	5,0	6,1	5,3	6,4	5,9	5,7	5,0
Bruttolöhne und -gehälter	7,1	5,2	2,8	6,1	4,3	2,7	2,9
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	6,2	4,9	2,7	5,8	4,2	2,7	2,6
übrige Primäreinkommen ⁴	1,2	2,6	2,5	4,0	1,1	0,1	5,2
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	9,6	-2,6	4,3	-6,4	0,8	5,7	3,2
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	6,2	3,3	3,3	3,4	3,3	3,0	3,6
Abschreibungen	7,5	2,7	2,2	2,9	2,5	2,0	2,4
Bruttonationaleinkommen	6,5	3,2	3,1	3,3	3,1	2,8	3,3
<i>nachrichtlich:</i>							
Volkseinkommen	6,6	2,1	3,1	2,0	2,2	2,8	3,4
Arbeitnehmerentgelt	6,7	5,4	3,2	6,2	4,6	3,2	3,2
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	6,3	-5,6	2,7	-7,2	-3,9	1,8	3,6

6 Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte²

a) Mrd. EUR

Masseneinkommen	1 797,6	1 877,7	1 923,7	903,0	974,6	925,2	998,5
Nettolöhne und -gehälter	1 219,9	1 270,0	1 284,9	602,7	667,3	608,6	676,4
monetäre Sozialleistungen	734,0	772,8	812,3	381,0	391,7	401,7	410,6
abz Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	156,4	165,1	173,5	80,7	84,4	85,1	88,5
übrige Primäreinkommen ⁴	620,5	636,8	652,5	342,7	294,1	343,1	309,4
sonstige Transfers (Saldo) ⁵	-123,0	-128,0	-130,0	-62,0	-66,0	-63,0	-67,0
Verfügbares Einkommen	2 295,0	2 386,4	2 446,2	1 183,8	1 202,7	1 205,3	1 240,9
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	62,4	63,1	63,7	30,6	32,5	30,9	32,8
Konsumausgaben	2 090,6	2 155,6	2 230,8	1 052,5	1 103,1	1 089,0	1 141,9
Sparen	266,9	293,9	279,1	161,9	132,1	147,2	131,9
Sparquote (%) ⁶	11,3	12,0	11,1	13,3	10,7	11,9	10,4

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	8,2	4,5	2,5	5,1	3,9	2,5	2,5
Nettolöhne und -gehälter	9,0	4,1	1,2	5,0	3,3	1,0	1,4
monetäre Sozialleistungen	6,6	5,3	5,1	5,4	5,2	5,4	4,8
abz Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	6,5	5,6	5,1	6,0	5,2	5,4	4,8
übrige Primäreinkommen ⁴	1,2	2,6	2,5	4,0	1,1	0,1	5,2
Verfügbares Einkommen	6,0	4,0	2,5	4,5	3,5	1,8	3,2
Konsumausgaben	5,6	3,1	3,5	3,0	3,2	3,5	3,5
Sparen	7,5	10,1	-5,0	14,3	5,4	-9,0	-0,1

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2024 und 2025

	2023	2024	2025	2024		2025	
				1 Hj	2 Hj	1 Hj	2 Hj
7 Einnahmen und Ausgaben des Staates⁷							
a) Mrd. EUR							
Einnahmen							
Steuern	958,5	1 003,8	1 051,4	487,8	516,1	508,9	542,5
Nettosozialbeiträge	709,4	755,2	797,9	366,1	389,1	385,6	412,3
Vermögenseinkommen	30,9	34,9	36,2	18,5	16,4	19,2	16,9
sonstige Transfers	31,3	34,4	36,0	15,3	19,1	16,1	19,8
Vermögenstransfers	20,0	20,8	21,5	9,2	11,6	9,4	12,1
Verkäufe	157,6	174,1	189,9	80,4	93,7	88,1	101,9
sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1 908,0	2 023,4	2 133,0	977,3	1 046,1	1 027,5	1 105,6
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	619,5	649,8	681,6	311,6	338,1	327,1	354,5
Arbeitnehmerentgelt	328,0	349,5	365,0	168,6	180,9	176,6	188,4
Vermögenseinkommen (Zinsen)	36,2	43,4	46,3	20,1	23,2	22,5	23,8
Subventionen	66,4	38,3	36,1	18,7	19,6	18,2	18,0
monetäre Sozialleistungen	662,7	699,5	736,8	344,6	354,9	364,1	372,8
sonstige laufende Transfers	92,3	91,4	103,4	43,2	48,2	49,1	54,3
Vermögenstransfers	96,1	92,3	94,2	35,2	57,1	36,1	58,1
Bruttoinvestitionen	106,7	119,4	128,1	51,3	68,2	54,2	73,9
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-0,7	-0,9	-0,9	-0,4	-0,5	-0,4	-0,5
Insgesamt	2 007,1	2 082,5	2 190,7	992,8	1 089,7	1 047,5	1 143,2
Finanzierungssaldo	-99,1	-59,1	-57,6	-15,5	-43,6	-20,0	-37,6

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	1,3	4,7	4,7	4,8	4,7	4,3	5,1
Nettosozialbeiträge	6,4	6,5	5,7	7,1	5,9	5,3	6,0
Vermögenseinkommen	75,5	12,7	3,7	16,7	8,4	4,0	3,4
sonstige Transfers	11,8	9,9	4,5	11,3	8,8	5,6	3,7
Vermögenstransfers	6,3	3,8	3,8	4,1	3,4	2,8	4,6
Verkäufe	10,1	10,5	9,1	11,0	10,0	9,5	8,7
sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	4,8	6,1	5,4	6,4	5,7	5,1	5,7
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	4,4	4,9	4,9	6,1	3,8	4,9	4,9
Arbeitnehmerentgelt	6,5	6,6	4,5	8,2	5,1	4,8	4,2
Vermögenseinkommen (Zinsen)	36,6	19,7	6,8	18,9	20,4	11,9	2,4
Subventionen	-5,0	-42,4	-5,5	-46,6	-37,8	-2,6	-8,3
monetäre Sozialleistungen	7,0	5,5	5,3	5,7	5,4	5,7	5,0
sonstige laufende Transfers	-17,2	-1,0	13,2	-2,6	0,5	13,8	12,6
Vermögenstransfers	7,1	-3,9	2,1	-9,5	-0,1	2,6	1,8
Bruttoinvestitionen	5,7	12,0	7,2	11,6	12,3	5,8	8,3
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	4,6	3,8	5,2	3,8	3,7	5,5	4,9
nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP:							
Finanzierungssaldo des Staates	-2,4	-1,4	-1,3	-0,7	-2,0	-0,9	-1,7

¹ Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde

² Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck

³ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen

⁴ Selbstständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen

⁵ Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers

⁶ Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche)

⁷ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung

⁸ Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des IWH; ab 2024: Prognose des IWH.



Impressum

Herausgeber:

Professor Reint E. Gropp, Ph.D.
Professor Dr. Oliver Holtemöller
Professor Michael Koetter, Ph.D.
Professor Dr. Steffen Müller

Redaktion

Stefanie Müller-Dreißigacker, M. A.
Layout und Satz: Franziska Exß, Ingrid Dede
Tel +49 345 7753 765
Fax +49 345 7753 718
E-Mail: stefanie.mueller@iwh-halle.de

Verlag:

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle
Kleine Märkerstraße 8, D-06108 Halle (Saale)
Postfach: 110361, D-06017 Halle (Saale)

Tel +49 345 7753 60, Fax +49 345 7753 820
www.iwh-halle.de

Erscheinungsweise: 4 Ausgaben jährlich

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet,
Beleg erbeten.

Titelbild: Jannes Glas @jannesglass,
www.unsplash.com

Konjunktur aktuell, 12. Jahrgang

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 13.06.2024
ISSN 2195-8319

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird in
unseren Beiträgen eine geschlechtsspezifische
Differenzierung nicht durchgehend berücksichtigt.
Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der
Gleichbehandlung für alle Geschlechter.



Das IWH wird von Bund und Ländern gefördert.